

Zuschriften rasender Frauen, die mit eigenen Händen die Angeklagten erwürgen wollten, und roter Jungsturmgruppen, die sich als Erschießungskommandos anboten (übrigens: alles wegen derselben Angeklagten, die jetzt wieder in ihren alten leitenden Stellungen arbeiten!). Wer wie die kommunistische und nationalsozialistische Presse jede Bluttat verherrlicht, die von der eigenen Seite ausgeht, der zerstört systematisch jedes natürliche Moralgefühl des Volkes, das allein Grundlage und Gewähr für eine dauernde Beseitigung der Todesstrafe bietet.

Dabei ist auch des Mißstandes zu gedenken, daß die Todesstrafe bei uns immer noch geltendes Recht und Gesetz, wenn auch Gesetz von 1871, ist. Im letzten Grunde hat sich gezeigt, daß die Beseitigung der Todesstrafe nicht auf dem Verwaltungswege erfolgen kann, sondern durch Gesetz erfolgen muß. Im vorigen Reichstag wirkte durch die Vernunft und Einsicht des greisen Professors Kahl die Möglichkeit, dem deutschen Volk ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen, das die Todesstrafe nicht mehr enthielt. Im Reichstag der 107 Braunhäuser ist jede Aussicht geschwunden, eine Strafrechtsreform zu schaffen, die diesen Namen verdient. Bergessen wir nicht, daß diese 107 programmäßig für die Wiedereinführung — der Prügelstrafe eintreten!

Die Horden, die ihr „Deutschland erwecke!“ sprechermäßig brüllen und an alle Mauern schmieren, wissen gar nicht, wie recht sie haben. Ein Erwachen, ein Sichbestimmen des Volkes auf die in ihm schlummernden sittlichen Kräfte tut bitter not. Ein raffiniertes und systematischer Appell an die schlechtesten Instinkte hat große Massen in einen neurasthenischen Kauzuzustand veretzt, der die Hemmungen der Kultur und Zivilisation hinweggepöbelt zu haben scheint. Aber dem wird ein Erwachen folgen. In späterer ruhigerer Stunde wird das deutsche Volk einmal fassungslos auf den Rohheitstümel blicken, in den gewissenlose Heher es getrieben haben, und mancher wird sich dann fragen: „Wie konnten wir nur?“ Diese Stunde wird kommen, so wahr das deutsche Volk ein Kulturvolk mit einem hochentwickelten Proletariat ist. Diese Stunde wird zugleich die letzte Stunde der Todesstrafe sein.

Amlich wird mitgeteilt:

„In der Strafsache gegen den durch rechtskräftiges Urteil des Schwurgerichts Düsseldorf vom 22. April 1931 wegen Mordes in neun Fällen zum Tode verurteilten Arbeiter Peter Kürten hat das preussische Staatsministerium in der Sitzung vom 30. Juni 1931 beschlossen, von dem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Die Entschließung des Staatsministeriums entspricht der Stellungnahme aller mit der Prüfung der Gnadenfrage befaßten Stellen. Das Urteil ist Donnerstagmorgen um 6 Uhr in Köln vollstreckt worden.“

Die mit der Prüfung der Gnadenfrage betrauten Stellen haben sich sämtlich für die Vollstreckung des Todesurteils ausgesprochen.

Das Verbot der Spartakiade.

Massnahmen des Leipziger Polizeipräsidenten.

Leipzig, 2. Juli.

Der Leipziger Polizeipräsident hat alle Versammlungen und Veranstaltungen, die als Werbung für die in Berlin verbotene Spartakiade angesehen werden können, untersagt. Ein bestehendes Verbot kommunistischer Kundgebungen unter freiem Himmel, das auf acht Tage ergangen war, ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Grund für diese Maßnahmen sind die kommunistischen Ueberfälle und Schießereien, die in der letzten Zeit in Leipzig an der Tagesordnung waren.

Die Obduktion Kuhfelds.

Kein Geschloß gefunden.

Die Leiche des erschossenen Polizeioberwachmeisters Kuhfeld ist gestern sezziert worden. Das Geschloß wurde nicht gefunden, da es sich um einen Durchschuß handelt, der am Unterleib eindrang und am Rücken wieder herausging. Auch das Kaliber der Waffe, mit der der tödliche Schuß abgegeben wurde, konnte bei den Zerlegungen im Schützenklub nicht festgestellt werden. Auf diesem Wege sind also die Nachforschungen nach dem Schützen nicht vorwärts gekommen. Jedenfalls aber werden die kommunistischen Behauptungen, daß Kuhfeld von seinen eigenen Kameraden erschossen worden sei, durch die Schußrichtung völlig widerlegt.

Kommunistenfravallo in Dresden.

20 Tische verhaftet.

Dresden, 2. Juli.

Zu einer Ansammlung erregter Massen kam es am Donnerstagmittag auf dem Altmarkt. Durch ein Ueberfallkommando wurde die Ansammlung in wenigen Minuten auseinandergetrieben. Sobald die Menge der Polizei ansichtig wurde, stob sie auseinander und floh in die Nebenstraßen. Während die meisten Geschäftsleute ihre Läden schlossen, zog ein Trupp, geführt von Ausländern, durch die Straße, sprechermäßig „Hunger, Hunger“ rufend. Die Demonstranten fielen über einzelne Polizeibeamte her. Die diesen zu Hilfe kommenden Polizisten fanden bei dem Bemühen, die Leute auseinanderzutreiben, so heftigen Widerstand, daß sie zur Waffe und zum Gummiknüppel greifen mußten. Verletzte werden jedoch nicht gemeldet.

Sechs deutsche und 20 tschechische Kommunisten wurden festgenommen. Letztere waren ohne gültigen Paß über die Reichsgrenze gekommen und gaben an, zur Spartakiade nach Berlin zu wollen. Sie wurden ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Ein Todesopfer in Peine.

Peine, 2. Juli.

Am Donnerstag ist der Nationalsozialist Sievers-Braunschweig im Krankenhaus dem schmerzlichen Bauchschuß erlegen, den er bei den Zusammenstößen am Dienstagabend erlitten hatte.

Am Donnerstagvormittag wurde ein Nationalsozialist unweit der Hirschstraße von mehreren Kommunisten überfallen und mit Kanthölzern so zugerichtet, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

125 Verhaftungen in Berlin.

Am Donnerstag wurden in Berlin bis zum späten Nachmittag 125 Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Die Verhaftungen erfolgten durchweg wegen unbefugten Tragens des Spartakiadeabzeichens, das zum Teil rot übermalt war.

Höchste Belastung der Reichsbank.

Der internationale Notenbankkredit zum größten Teil in Anspruch genommen.

Die Belastungsprobe der Reichsbank zum 30. Juni, dem Halbjahrende, war die schwerste, die die Reichsbank wohl jemals auszuhalten hatte. Wahrscheinlich war der Juniultimo auch bankmäßig der schwerste und verantwortungsvollste der ganzen Reichkriegszeit. Die durch den Widerstand Frankreichs entstandene Verzögerung in der Herbeiführung des Feierjahres für die Reparationen, zusammen mit den nicht verlängerten Fälligkeiten ausländischer Kredite zum Zulstermin und der nach den starken ausländischen Kreditabziehungen begreiflicherweise sehr stark gestiegene inländische Geldbedarf hatten auf allen Konten der Reichsbank eine Rekordanspruchnahme zur Folge.

Nach dem Reichsbankausweis vom 30. Juni sind die Wechselbestände um rund 229 auf rund 2579 Millionen Mark gestiegen. Die Wechselreichtümer der Banken waren aber erheblich größer. 318,6 Millionen Mark eingereichte Wechsel wurden nämlich von der Reichsbank auf einem anderen Konto verbucht, um als Deckung für den gleichen Betrag zu dienen, den die Reichsbank von dem 420-Millionen-Mark-Kredit der internationalen Notenbanken bis zum 30. Juni bereits in Anspruch genommen hat.

Mehr als drei Viertel des 100-Millionen-Dollar-Kredits sind also verbraucht.

Der Wechselbestand hat sich also tatsächlich auf fast 2900 Millionen Mark erhöht. Die Lombarddarlehen zeigen eine Rekordsteigerung. Trotz des von der Reichsbank auf die Banken ausgeübten Druckes, möglichst wenig Lombarddarlehen in Anspruch zu nehmen, stiegen diese um rund 218 auf 355 Millionen Mark. Ferner wurden von den Banken zur Geldbeschaffung 73,6 Millionen Mark Reichsschatzwechsel der Reichsbank verkauft. Rund 800 Millionen Mark mußte die Reichsbank demnach der deutschen Wirtschaft in erster Linie den Banken, zum Juniabschluss zur Verfügung stellen.

Nicht in gleicher Höhe ist der Notenumlauf gestiegen. Der Umlauf an Reichsbanknoten stieg um nur 569 auf 4295, der an Rentenbankscheinen um 48 auf 426 Millionen Mark. Das war einmal möglich dadurch, daß die Reichsbank für rund 136 Millionen Mark Fünfmärkstücke aus ihren Silberbeständen in der letzten Juniwoche in Zahlung gab und zum anderen dadurch, daß die Devisenabgabe der Reichsbank zu einem erheblichen Teil wieder mit Mark bezahlt worden ist. Der Notenumlauf blieb relativ gering, was freilich auch dem Tiefstand der Wirtschaftstage entspricht.

Die Reichsbank hätte aus eigener Kraft diesen Geldbedarf nicht befriedigen können, ohne die Deckungsgrenze von 40 Proz. zu unterschreiten. Sie hätte einen sehr großen Teil der verlangten Kredite durch Restriktionen abdrücken müssen, wenn ihr nicht der ausländische 100-Millionen-Dollar-Kredit zur Verfügung gestanden hätte. Rein gesehen hätte die

Reichsbank den Bedarf befriedigen dürfen; sie hätte aber, wenn der Dollarkredit nicht zur Verfügung gestanden hätte, eine für die mehr ausgegebenen Reichsmarkbeträge eine Steuer zahlen und den Diskont von neuem erhöhen müssen. Wiederum ist zu sagen, daß damit jede Möglichkeit einer Inflation mit Sicherheit verhindert worden wäre; nur wären die wirtschaftlichen Folgen unabsehbar gefährlich gewesen.

Ein Teil dieser Belastung der Reichsbank kommt von der Devisenseite her. Der Ausweis der Reichsbank lautet vom 30. Juni; die Devisenabrechnungen sind aber nur bis zum 27. Juni erfolgt. Bis zum 27. Juni hat die Reichsbank wieder 102 Millionen Mark Devisen abgeben müssen. Sie kann nur deshalb eine Erhöhung des Bestandes an Devisendevisen um 207 auf rund 300 Millionen ausweisen, weil sie die genannten 318,6 Millionen von dem 420-Millionen-Mark-Notenbankkredit mit in ihren Devisenbestand eingerechnet hat. Der neue Devisenverlust beträgt auch nur deshalb nur 102 und nicht 111,6 Millionen, weil die Reichsbank ihren Goldbestand durch Ankäufe von Rußengold um 9,9 auf 1421 Millionen Mark erhöhen konnte. Am 30. Juni waren die umlaufenden Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen, d. h. unter Einrechnung der zum großen Teil in Anspruch genommenen ausländischen Notenbankkredite mit 40,1 Proz. gedeckt, also gerade in jenem Verhältnis, der eine neue Diskonterhöhung noch ausschließt.

Die gesamten Devisenverluste der Reichsbank im ganzen Juni bis zum 2. Juli dürften sich auf 1450 bis 1500 Millionen Mark belaufen.

Bis zum 23. Juni waren es 1250 Millionen, bis zum 27. Juni kamen 102 Millionen Devisenabgaben der Reichsbank hinzu, und seitdem dürfte die Reichsbank noch etwa 110 bis 130 Millionen Devisen abgegeben haben.

Die Deutsche Reichsbank hat die gewaltige Kraftprobe bestanden, vor die sie zum Halbjahresabschluss unter dem Druck des ausländischen Mißtrauens in die deutsche Wirtschaftsentwicklung gestellt war, der durch den französischen Widerstand gegen die Hoover-Aktion in gefährlichster Weise verstärkt wurde. Sie konnte diese Probe nur mit Hilfe des ausländischen Notenbankkredits auf sich nehmen. Am 16. Juli soll der ausländische Notenbankkredit zurückgezahlt werden. Am 15. Juli wäre der Transfer der Zulrate für die Reparationen fällig. Der Druck einer neuen und sicher übermäßigen Krediteinschränkung, den die Reichsbank dann ausüben müßte, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, wäre ungeheuer und in seinen wirtschaftlichen Folgen überhaupt nicht abzusehen. So zeigt der Reichsbankausweis vom 30. Juni, daß es für eine erfolgreiche Beendigung der französisch-amerikanischen Verhandlungen, soweit die deutsche Wirtschaft in Frage kommt, wirklich fünf Minuten vor zwölf ist.

Reichslandbund und Landbank.

Zwei dunkle Punkte deutschnationaler Geschäftspolitik.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Vorgänge bei der Kreditgewährung der Preußenkasse an die Landbund- und Raiffeisen-genossenschaften ist zu folgenden Feststellungen gekommen:

„Die Untersuchung der Vorgänge bei der Kreditgewährung der Preußenkasse an den Landbundkonzern hat ergeben, daß die genossenschaftliche Zentralkasse der Reichslandbund-Genossenschaften an die Reichslandbund Ein- und Verkaufsl.-G. Kredite gegeben hat, die sie für genossenschaftliche Ausgaben von der Preußenkasse, mit der sie im ausschließlichen Geldverkehr stand, bekommen hat.“

Die Reichslandbund L.-G. finanziert damit den An- und Verkauf von Getreide an der Börse mit dem Ziele der Beeinflussung der Getreidepreise. Durch diese wirtschaftspolitischen Geschäfte, die nicht zu den Aufgaben der Genossenschaften gehören, erlitt die Reichslandbund Ein- und Verkaufsl.-G. schon im Jahre 1924 so erhebliche Verluste, daß sie in Konkurs gegangen wäre, wenn nicht die GSK. durch finanzielle Maßnahmen den Konkurs abgewendet hätte.

Die Preußenkasse hat von der genossenschaftswidrigen Verwendung der an die GSK. gegebenen Kredite nicht rechtzeitig Kenntnis genommen. Sie konnte damals die Weitergabe an die Ein- und Verkaufsl.-G. nicht verhindern. Sie hat nach Kenntnismahme der Verluste des Reichslandbund-Konzerns die Sanierung von der sofortigen Einstellung des Getreidegeschäfts abhängig gemacht.

Die Verluste der GSK. und des Reichslandbund-Konzerns waren nicht genau festzulegen, besaßen sich aber auf etwa 7 Millionen Mark, an deren Deckung die Preußenkasse zu erheblichen Teilen beteiligt ist. Außerdem stellte die Preußenkasse einen Sanierungsfonds von 350 000 Mark zur Verfügung, um Härten bei der Eintreibung der Gelder durch die Reichslandbund L.-G. abzumildern, der aber hierfür nicht ausreichte.

Die Verluste der Landbundgenossenschaften waren wesentlich niedriger gewesen, wenn nicht wirtschaftliche Zwecke mit den genossenschaftlichen Aufgaben verbunden gewesen wären. Außerdem ist festzustellen, daß auch Kredite von der GSK. an die Reichslandbund L.-G. in einem Falle zu politischen Zwecken gegeben sind, die mit den genossenschaftlichen Aufgaben nicht zu vereinbaren waren.

Jawieweit die Untergenossenschaften zu politischen und wirtschaftlichen Aufgaben Mittel verwendet haben, die aus Krediten der Preußenkasse stammen, hat der Untersuchungsausschuss nicht feststellen können. Der Ausschuss stellt aber fest, daß die Landbundorganisationen Gelder der Preußenkasse zu genossenschaftswidrigen Zwecken verwendet haben, und daß die Preußenkasse die aus diesen Geschäften herrührenden Verluste mit Mitteln des preussischen Staates, also mit Staatsmitteln abgewendet hat.“

Der Fall Landbank.

Damit war die Untersuchung über die Kreditbeziehungen der Preußenkasse zum Reichslandbund abgeschlossen. Den Vorbericht über die Kreditgewährungen an die Landbank erstattete Abg. Ruttner (Soz.).

Er ging aus von dem Erwerb der Landbank durch Hugenberg. Die Landbank diene dem Siedlungswert im Osten und hat Bedeutung für die Kreditgewährung an Kleinrentner. Aus diesem Grunde erklärt sich auch das später erfolgte Eingreifen des preussischen Staates. Man wollte einen Wirtschaftsbereich, der an sich

schon fürchterlich leidet, nicht durch Inflationsgewinnmehrs weiter schädigen lassen.

Hugenberg wurde 1919 in den Aufsichtsrat der Landbank gewählt. In der Inflation ergaben sich bei der Bank Schwierigkeiten. Sie mußte schließlich ein holländisches Darlehen aufnehmen. Mit der Zeit ging die Bank spottbillig an den Hugenberg-Konzern über. Allerdings hat der Hugenbergkonzern mit dem Erwerb der Aktienmajorität der Landbank die Verpflichtung übernommen, die holländische Anleihe zu tilgen. Tatsächlich sind auch 58 000 Gulden vom Hugenberg-Konzern abgetragen worden. Im besten Falle hat also der Hugenberg-Konzern für die Bank rund 100 000 Goldmark gezahlt. Unter der Hugenbergischen Führung wurde die Landbank 1925 konkursreif. Sie verlangte zu ihrer Stützung ein Darlehen vom preussischen Staat in Höhe von 2 Millionen Mark und als der preussische Staat absahnte, machte Hugenberg die Reichspresse gegen das „rote Preußen mobil“, das angeblich das Siedlungswert im Osten brachlegen wollte. Es sollte ein Druck auf die preussische Regierung ausgeübt werden, damit die von Hugenberg geforderten 2 Millionen Mark hergegeben wurden.

Im Interesse der Siedlung entschloß sich der preussische Staat später zu einer Sanierungsaktion. Danach sollten die Provinz Grenzmark und der preussische Staat eine Aktienmehrheit von 35 Millionen Mark erwerben. Der Hugenberg-Konzern schied darauf aus der Bank aus. Er wurde auch von der weiteren Rückzahlung des holländischen Kredits entbunden; fällig waren noch etwa 330 000 Mark. Dazu bekam Hugenberg eine Landhausfidejussion am Scharnhöhe im Werte von etwa 300 000 bis 350 000 M. und Aufwertungshypotheken im Werte von 80 000 M. Damit habe die Landbank nach den Feststellungen eines Revisionsberichts ihre eigentlichen Werte an den Hugenberg-Konzern herausgegeben. Der Landwirtschaftsminister habe in einem Schreiben das Unzulässige dieser Transaktion festgestellt.

1927 mußte eine Goldmarkbilanz aufgestellt werden, aus der sich die Notwendigkeit ergab, das Aktienkapital auf 1,2 Millionen aufzubringen. Eine ganze Reihe von Verkaufsgeschäften sind festgestellt worden, die noch unter der Verantwortung des früheren Vorstandes fallen. Die Goldmarkbilanz von 1927 ließ sich nicht aufrechterhalten. In einer neuen Bilanz wurde festgestellt, daß das Kapital auf 65 000 M. zusammengesetzt werden mußte. Dagegen erhoben einige Winderheits-Aktionäre Einspruch und man befriedigte sie in großzügiger Weise dadurch, daß man ihnen noch einmal 10 M. pro Aktie nachzahlte. Der Berichterstatter schloß seinen Vorbericht mit der Erklärung, daß nach seinen bisherigen Feststellungen, daß die Landbank, die erworben worden sei, mit 43 M. und einer Schuldendeckung von rund hunderttausend Mark für die Hugenberg-Gruppe erbracht habe, einen Aktienkaufpreis von 35 000 Mark, dann eine Nachzahlung von nahezu hunderttausend Mark, dann das Aktienpaket der Saarow-Biestow-L.-G. im Werte von 300 000 bis 350 000 M. und etwa 80 000 M. Aufwertungshypotheken.

Der Ausschuss verlagte sich dann auf den 9. Juli. Als einer der ersten Zeugen soll Hugenberg vernommen werden.

Friede Holland-Belgien. Die Brüsseler Redungen über die bevorstehende Unterzeichnung eines neuen niederländisch-belgischen Abkommens werden von „Het Volk“ bestätigt. Ein völliges Einverständnis über das Schiedsproblem und den belgisch-niederländischen Vertrag von 1839 sei in den Grundzügen bereits erzielt. Belgien suche auf Grund einer Revision seiner Handelspolitik eine Annäherung an die Niederlande. Die Verhandlungen würden in den nächsten Tagen beginnen.

Der Scheuener Fürsorgeprozeß

Ein vorläufiger Rückblick

Von den für die Schwurgerichtsverhandlungen im Scheuener Fürsorgeprozeß vorgelegenen Tagen ist ein Teil vorüber. Ueber das voraussichtliche Strafmaß ist noch nichts zu sagen. Das fürsorgliche Problem aber liegt bereits offen. Es gibt dafür drei Faktoren: die „Burschen“, wie sie genannt werden und wie sie sich selbst nennen, Straube und Scheuen, das Berliner Landesjugendamt.

Von den 34 Burschen, die, je nachdem, ob „Auführer“ oder „Topfträger“, das sind in der Sprache der Jungen solche, die angeben und dafür die Töpfe austragen dürfen, rechts und links vom Gericht sitzen, hat keiner ein richtiges Elternhaus gehabt. Fast alle sind psychisch in Unordnung, einige weniger, die meisten mehr. Sehr viele sind geistig schwach. Manche haben geistestränkte Angehörige. Sie sind alle schwer erziehbar, einige so schwer, daß die Hoffnung auf Erziehungsersolg gering ist. In ihnen Kommunisten zu sehen, ist verfehlt. Alle Eigenschaften der Jugendlichen sind bei ihnen psychopathisch ins Extrem gesteigert, die Kameradschaftlichkeit, die Neigung zur Bildung sich heftig bestehender Gruppen, die Front gegen die Erwachsenen, der Geltungsbetrieb, der Gefolgschaftseifer, die Unfertigkeit. Sie neigen in diesen Dingen zu Exzessen. Sie sind labil. Unter denen, die Auführer verprügelt haben, sind frühere Kommunisten, unter den Auführern solche, die noch vor kurzem Topfträger waren. Kurz nach der Revolte haben Schwerverprügelte Briefe an das Landesjugendamt geschrieben, sie wollten Straube wiederhaben, am vierten Gerichtstag brach unter allen, einschließlich der Topfträger, eine Art Massenpsychose gegen Straube aus. Von besonderen Berliner Eigenschaften ist außer einer gewissen Ungeniertheit und den größeren Erfahrungen, die Jungen mitbringen, die sich in Berlin verborgen und in der Berliner Unterwelt gefehlt haben, nichts zu merken. Diese Jungen hätten charakterlich sichere, gut geschulte Erzieher gebraucht, eine Umgebung, die auf sie eingestellt ist, und Ruhe. Was haben sie gefunden?

Die Zustände in Scheuen.

Scheuen war ursprünglich ein Kinderheim. 1926 wurde daneben ein Erziehungsheim gegründet. Die Burschen sollten dort auf einem Gut als richtige Landarbeiter beschäftigt und zum Uebergang ins freie Leben vorbereitet werden. Eine Mädchenhaus-haltungsschule auf demselben Gelände sollte die Beförden der männlichen Abgeschlossenheit aufheben und den Jungen in der Freizeit die Möglichkeit zum Umgang mit Mädchen geben. Als Erzieher wurde der Leiter des Kinderheims, Straube, ein früherer Volks-schulinspektor, der keinerlei Erfahrung mit Schulklassen hatte und im Lauf der Zeit auch keinerlei Ausbildung erhielt, angestellt. Ein Arzt stand ihm nicht zur Seite. Zunächst war ein Erzieher da, der in der Jugendpflege Erfahrung hatte. Als dieser Scheuen etwa 1928 verließ, weil er das Prügelein mißbilligte und das Landesjugendamt auf seine Anzeige hin nicht einschritt, wurde ein erfahrener Erzieher nicht mehr eingestellt. Neben Straube arbeiteten vier Landwirte, die wie er für den landwirtschaftlichen Betrieb tüchtig arbeiteten, von Erziehung aber überhaupt nichts mußten. Auch sie erhielten keinerlei Belehrung. Die Zusammenfassung der Jungen veränderte sich auch mit der Zeit. Scheuen brauchte land-wirtschaftliche Arbeiter. Infolgedessen wuchs die Zahl der Unter-gebrachten allmählich von 30 Jungen auf 55. Man schickte vom Landesjugendamt schließlich in den letzten drei Jahren Jungen, die für Scheuen ungeeignet waren, sei es, daß sie nicht in die Landwirtschaft oder überhaupt aufs Land paßten, sei es, daß ihre Arbeitsfähigkeit für die Stetigkeit der Arbeit nicht ausreichte, die Scheuen brauchte, sei es, daß ihre psychische Belastung sie für die Freiheiten, die Scheuen gab, ungeeignet machte, sei es, daß sie für

das Können von Straube zu schwer erziehbar waren, sei es, daß alle Gründe auf sie zuträfen.

Das Zusammentreffen dieser Jungen mit ungeeigneten Erziehern mußte zur Katastrophe führen. Straube war dazu ein kleiner Mann. Er hat immer dann geprügelt, wenn er enttäuscht oder persönlich angegriffen war, so Leppien, wenn er versprach sich zu bessern und dann um 1/2 Uhr in einer Wirtschaft Bier trank, so Bachr, wenn er Erfah für einen von Straubes Hunden zerrissenen Mantel forderte, so Krüger, wenn er durch Diebstahl den Betrieb erschwerte. So ließ er die Jungen nach Fluchtversuchen kassieren. So bewaffnete er einen Teil der Jungen mit Hackbeil und Harte, als er sich bedroht fühlte, so zog er Ledebur noch mit dem Gummiknüppel ein paar über, als dieser schon die tödliche Wunde von dem mit der Harte bewaffneten Schulz empfangen hatte, mit den Worten: „Du bist auch dabei! Mit dir habe ich mich ja heute noch ausgeprochen.“ So wurden die Jungen gepöbeln, die nach der Revolte ausgekragt waren und zurückgebracht wurden. Die Jungen mußten Straube aber immer wieder enttäuschen, weil sie spürten, daß er in Niedrigkeiten mit ihnen einig war. Bezeichnend ist für ihn, daß er Jungen, die ihm schmeichelten und dann über ihn lachten, eine Sache, vor der kein Lehrer geschützt ist, Salonlude nannte, und einen homosexuellen Jüngling vor allen anderen Sonja rief. Schließlich hat er, um als Erzieher (!) in Scheuen zu bleiben, vor Frau Bepf und Knauth die Schwerverletzten Jungen, die ihn in für sie bezeichnender Weise auch nicht verrietten, verborgen.

Das Berliner Landesjugendamt.

Die Fehler, die das Landesjugendamt machte, sind offenbar. Zunächst ist fraglich, ob für Berliner Jungen ein landwirtschaftlicher Betrieb überhaupt das richtige Uebergangsheim ist. Dann waren zu wenig Erzieher in Scheuen, und die Erziehungsstellen dieser Erzieher waren ungenügend für Schulklassen überhaupt, und erst recht für die Burschen, die man nach Scheuen sandte. Zur Belehrung der Erzieher geschah nichts. Man hat schwere Psycho-pathen nach Scheuen geschickt, weil die Bedürfnisse Scheuens und nicht die Erziehungsbedürfnisse der Jungen maß-gibend waren. Man hat die Jungen, die einen regelmäßigen Erziehungs-einfluß brauchen, von Heim zu Heim, von Lehrstelle zu Lehrstelle und zwischen Heimen und Lehrstellen hin- und hergeschickt. Der schwerbelastete Griesbach hat sicher nicht ohne Schuld des Landesjugendamtes seinen Aufenthalt in 9 Jahren 77mal gewechselt. Und schließlich hat man, obwohl man wußte, daß Straube ungeeignet war und prügelte, ihn nicht entfernt.

Das „Berliner Tageblatt“ hat den Richtern in Scheuen mangelndes Interesse vorgeworfen. Das trifft nicht zu. Der Vorwissen ist gut vorbereitet und hat pädagogisches Verständnis. Der Staatsanwalt ist menschlich nett mit den Jungen. Freilich haben beide nicht den Ehrgeiz nach politischem Erfolg, wie der vom Tageblatt so gelobte Rechtsanwalt Ullrich, der den kommunistischen Redakteur von „Berlin am Morgen“ im Prozeß der Stadträtin Wegl vertreten hat und vor dem Reichsgericht vertreten wird. Die Kommunisten haben sich in dieser Sache wahrhaft nicht zu rühmen. Sie pöbeln die Jungen auf und machen sie zu ihren Helfern, wenn das Unglück passiert ist. Helfen für politische Kämpfe aber sind diese tranken Jungen wirklich nicht.

Das Unrecht, das diesen Jungen geschehen ist, wird auch von uns bekämpft. Hätte das Berliner Jugendamt nach den Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt zur Fürsorge-erziehung gearbeitet, es hätte genau das Gegenteil von dem getan, was geschehen ist. Das Nähere geht ja aus der Kritik hervor.

Der preußische Wohlfahrtsminister hat in diesen Tagen einen Erlaß herausgegeben, der Dunkelarrest, Kaffsheren, Ueberarbeit verbietet, bessere Schulung des Erzieherpersonals vorsieht und die Aufhebung der Fürsorgeerziehung neu regelt. Der Erlaß geht auf die Initiative der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion zurück. Es wird über all diese Dinge noch mehr zu sagen sein. Heute nur noch das eine: die konfession-nellen Organisationen können aus Scheuen auch lernen, wohin es führen kann, wenn nicht ganz streng mit dem alten Geist wirklich aufgeräumt wird. Nicht auf neue Worte, auf echte neue Gesinnung kommt es an.

Hedwig Wachenheim.

Zuchthaus für Schiefshelden.

Kommunisten zu hohen Strafen verurteilt.

Das Schwurgericht III verurteilte in dem Prozeß gegen die sechs Kommunisten wegen des Schlegelüber-falles auf Nationalsozialisten am 13. April in der Wilhelmstraße die Hauptangeklagten Uchtenberg und Hoff-mann wegen gemeinschaftlichen verübten Totschlages in zwei Fällen, Waffengehehens und Waffennihbrauchs zu je vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, den Ange-klagten Steinheuer wegen verübten Totschlages, Widerstandes, Waffengehehens und Waffennihbrauchs zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, den Ange-klagten Wehler wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und wegen Waffennihbrauchs zu neun Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte für Uchtenberg und Hoffmann je fünfundeinhalb Jahre Zuchthaus beantragt.

Die hohen Urträge des Angeklagtenvertreters und die harten Strafen werden verständlich, wenn man sich die besonderen Umstände dieses Falles ins Gedächtnis zurückruft. Ähnlich wie in Röntgenal waren auch hier die Kommunisten vor dem Ver-sammlungstafel der Nationalsozialisten in Wilhelmstraße anscheinend mit der Absicht erschienen, von ihren Waffen, die sie verabredungs-gemäß mitgebracht hatten, Gebrauch zu machen. Dort schossen sie in das Lokal „Edelweiß“, hier feuerten sie auf Nationalsozialisten, die ahnungslos des Weges kamen. Selbst der Verteidiger der Ange-klagten mußte in seinem Plädoyer zugeben, die Nationalsozialisten hätten in keiner Weise auch nur irgendeinen Grund zur Schießerei gegeben.

Motorboot in Brand!

Der Bootsführer schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Im Schuppen des Dr. Fraentel am Kirchweg in Gladow geriet gestern abend ein Motorboot in Brand. Der Bootsführer befand sich an Bord, das Feuer schlug auf den Schuppen über. Der herbeigerufenen Feuerwehrt gelang es, den Brand zu löschen und den verletzten Bootsführer zu bergen. Dieser wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht. Die Entstehungs-ursache ist noch nicht bekannt.

Fast zu gleicher Stunde entstand in Tegelfort beim Bootshaus Borussia auf einem zweiten Motorboot ein Brand. Bei den Löscharbeiten versank das Boot. Bei diesem Unfall sind Menschen erfreulicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Junglehrer obfiziert gegen Brenßen.

Wie die Allgemeine freie Lehrgewerkschaft, Berlin, mitteilt, ist gestern vor dem Landgericht I in Berlin die Ent-scheidung in der Klage des dissidentischen Junglehrers gegen das Land Preußen gefallen. Der Einspruch des Staates gegen die Zulässigkeit des Rechtsweges wurde abgewiesen und die Klage selbst zugunsten der dissidentischen Junglehrer ent-schieden. Ein ausführlicher Bericht folgt in den nächsten Tagen.



So verging eine halbe Stunde. Der Ingenieur rieb seinen Körper gegen die weißgetünchte Wand, stöhnte und machte einige Male den Versuch, die Tür zu erbrechen. Dabei beschmutzte er sich und sah furchterregend aus.

Schufkin beschloß, koste es was es wolle, zum Hausmeister hinunterzukriechen. Es blieb nichts anderes übrig, nichts anderes, als sich beim Hausmeister zu verstecken.

Er kroch schwer atmend am Geländer entlang hinunter, dabei deckte er sich mit einer Hand zu, so wie es Männer machen, die nach ins Wasser steigen. Nun befand er sich auf dem Treppenabsatz zwischen dem achten und neunten Stock-werk.

Seine Gestalt war von den bunten Rhomben und Quadrat-scheiben des Fensters farbig beleuchtet. Oben wollte er sich weiter hinunterkriechen, als er eine Bohnungstür knarren hörte. Ein junges Mädchen mit einem kleinen Koffer in der Hand war aus der Wohnung getreten. Das Fräulein machte einen Schritt vorwärts. Ernst Pawlowitsch lief wie rasend die Treppe hinauf und befand sich wieder auf seiner Platt-form. Er wurde vor Herzklopfen fast taub.

Es dauerte eine halbe Stunde, bis er sich etwas erholt hatte und zu einem neuen Versuch schreiten konnte. Diesmal beschloß er, ohne auf etwas zu achten, in einem Zug hin-unterzulaufen und sich in der Hausmeisterwohnung zu ver-stecken.

Er versuchte es auch. Das Mitglied des Verbandes der Techniker und Ingenieure sprang still heulend vier Stufen weit. Auf dem Treppenabsatz des sechsten Stockwerkes blieb er stehen und hier lauerten neue Qualen. Jemand kam die Treppe herauf.

„Unerträglich Jungel!“ hörte man eine Frauenstimme, die infolge des Echo im Treppenhaus noch verstärkt war. „Wie oft habe ich ihm gesagt...“

Ernst Pawlowitsch folgte nicht mehr seinem Verstand, nur noch dem Instinkt und floh wie der Kater, den die Hunde jagen, zurück ins neunte Stockwerk hinauf.

Als er sich wieder auf seiner schmutzigen Plattform mit den nassen Fußspuren befand, begann er still zu weinen, riß sich an den Haaren und schwenkte den Oberkörper konvulsivisch hin und her. Die heißen Tränen drangen in die Seifenkruste ein und ließen wellenförmige Spuren zurück.

„Mein Gott!“ sagte der Ingenieur. „Mein Gott! Mein Gott!“

Für ihn war alles tot und zu Ende. Und doch hörte er deutlich den Lärm der auf der Straße vorbeifahrenden Last-autos. Also irgendwas gab es doch noch eine Art Leben!

Er stolperte sich noch einige Male auf, hätte hinunterlaufen mögen; er vermochte es aber nicht mehr. Seine Nerven waren total erschlaft. Er war gefangen.

„Sie lassen einen Dreck hinter sich, wie die Schweine!“ vernahm er die Stimme einer alten Frau von unten her.

Der Ingenieur lief zur Wand und stieß einige Male mit dem Kopf dagegen. Das Vernünftigste wäre selbstverständlich gewesen, so lange zu schreiben, bis jemand kam und ihn aus diesem elenden Zustand befreite, auf die Gefahr hin ins Gefängnis zu kommen. Ernst Pawlowitsch aber hatte alle Ueber-legung vollständig verloren und irrte schwer atmend auf der Plattform umher.

Er war verloren.

Ein Gespräch mit dem nackten Ingenieur.

Der große Kombinator hatte Ernst Pawlowitsch tagsüber nicht angetroffen — die Wohnung hatte er veriperrt vorge-funden und der Hausherr war wahrscheinlich im Büro — und so beschloß er, gegen Abend zu ihm zu gehen. Indessen irrte er in den Straßen umher. Er suchte nach Betätigung. Er schritt durch die Gassen, blieb auf den Plätzen stehen, machte den Polizisten süße Augen, half den Damen ins Auto steigen und trug ein Gebahren zur Schau, als wäre ganz Mostau mitsamt seinen Denkmälern, Elektrischen, Kirchen und Bahnhöfen bei ihm zum Rout geladen. Er schritt zwischen den Gassen umher und hatte für jeden ein warmes Wort. Schon etwas ermüdet vom Empfang einer solchen Menschen-masse, begab sich der große Kombinator gegen sechs Uhr abend zum Ingenieur Schufkin.

Das Schicksal aber wollte es, daß Ostap zwei Stunden lang zurückgehalten wurde, bevor er Ernst Pawlowitsch zu Gesicht bekam, noch ein kleines Protokoll unterschreiben mußte.

Der große Kombinator geriet nämlich auf dem Theater-platz unter eine Droschke. Ganz unerwartet stürzte sich plötz-lich ein schüchternes weißes Pferd auf ihn und stieß ihn mit

der knöchigen Brust zu Boden. Ostap fiel schweißbedeckt hin. Es war sehr heiß. Das weiße Pferd wieherte laut, es bat förmlich um Entschuldigung. Ostap hatte sich rasch erhoben. Sein mächtiger Leib war unverletzt.

Um so mehr Grund, einen Skandal zu provozieren. Mostaus liebenswürdiger großartiger Gastgeber war nicht wiederzuerkennen. Er näherte sich vor allem dem alten Droschkentritscher und versetzte ihm einen Faustschlag in den wattierten Rücken. Der Alte nahm die Strafe gelassen hin. Ein Polizist kam gelaufen.

„Ich verlange ein Protokoll!“ rief Ostap mit Pathos. Metalltöne klangen in seiner Stimme, der Stimme eines Menschen, der in seinen heiligsten Gefühlen verletzt ist. Ostap stand an der Rampe des kleinen Theaters, dort, wo später einmal dem großen Dramatiker Ostrowsky ein Denkmal er-richtet werden sollte. Er unterschrieb ein Protokoll und gab auch dem herbeigelauenen Reporter Perfizki ein Interview. Perfizki scheute keine Mühe. Er schrieb Ostaps Vor- und Zu-namen sorgfältig in sein Notizbuch ein und lief weiter.

Ostap ging stolz seines Weges. Er stand noch immer unter dem Eindruck des Unfalls und bedauerte nur, den Kutscher nicht gehörig geohrfeigt zu haben. Er überquerte eine Straße und stieg sodann langsam die Treppe empor, wo Schufkin wohnte. So kam er bis ins siebente Stockwerk, als plötzlich ein schwerer Tropfen auf seinen Kopf fiel. Er sah hinauf. In dem Moment spritzte ihm ein Pagen schmutzigen Wassers in die Augen.

„Für solche Scherze muß geohrfeigt werden!“ beschloß Ostap. Er stürzte hinauf. An der Tür der Schufkinwohnung sah ihm den Rücken zuckend, ein nackter Mensch auf dem Boden, der mit weißen Ekzemflechten bedeckt war. Er sah auf den Steinfliesen, hielt den Kopf fest umklammert und be-wegte den Oberkörper hin und her. Um den nackten Menschen wogte eine Wasserflut, die aus dem Türspalt hervorquoll.

„D-o-o“, stöhnte der nackte Mensch. „D-o-o-o.“ „Sagen Sie mir, was machen Sie hier für Wasser-spiele?“ fragte Ostap gereizt. „Was haben Sie sich da für eine sonderbare Stelle zum Baden ausgesucht? Sind Sie ver-rückt geworden?“

Der nackte Mensch sah Ostap mit verschleierte Augen an und schluchzte.

„Hören Sie mich an, Bürger, statt zu weinen, sollten Sie sich reinigen gehen. Schauen Sie nur, wie sie aussehen! Wie ein Pitador!“

„Der Schlüssel!“ meckerte der Ingenieur und klapperte mit den Zähnen. (Fortsetzung folgt.)

Berliner Etat vor dem Stadtparlament.

Der erste Tag der Debatte über den Haushaltplan 1931.

Vor Eintritt in die Haushaltsberatungen erledigte die Stadtverordnetenversammlung zunächst eine Reihe Vorlagen, die meist ohne Aussprache angenommen wurden. So u. a. die Bilanzen der Forstverwaltung, des Stadtfuhrparks, des Vieh- und Schlachthofes und der Stadtentwässerung. Beschlossen wurde auch der Bau eines Fußgängersteiges von Nuthofen nach Siemensstadt.

Kommunisten gegen Arbeitsbeschaffung.

Dann bestätigten die Kommunisten unsere vor einigen Wochen getroffene Feststellung, daß sie die ärgsten Feinde jeder Arbeitsbeschaffung sind, weil dadurch ihre Agitationsmöglichkeiten herabgesetzt werden könnten. Es handelte sich gestern noch einmal um den

Bau für das Arbeitsamt Süd-Öst.

das bisher in völlig unzureichenden, hygienisch sehr zu beanstandenden Räumen in Neukölln untergebracht war. Die Kommunisten hatten den Neubau abgelehnt, gemeinsam mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Der Magistrat forderte jetzt in einer Vorlage die Zustimmung zur Aufnahme eines Darlehens von 900 000 Mark als Zuschuß für den Bau, wozu Berlin gesetzlich verpflichtet ist. Der Kommunist **Beusch**, auch ein Arbeitsamtsangestellter, lehnte namens seiner Gefinnungsgenossen auch gestern wieder die Vorlage und damit den Bau ab und sein Fraktionsvorsitzender Wisniewski bestätigte nach Beusch mit allem Nachdruck die Feindschaft der Kommunisten gegen Arbeitsbeschaffung. So fanden sich auch dann wieder die Kommunisten mit ihren Freunden, den Nazis und Deutschnationalen, in der Ablehnung zusammen.

Eine Mehrheit genehmigte aber die Vorlage und stellte damit unter Führung der Sozialdemokratie den Bau und damit Arbeit für Hunderte von Bauarbeitern sicher.

Die Kommunisten aber werden weiter „Arbeitsbeschaffungsprogramme“ ausbreiten! Der Magistrat äußerte sich zunächst nicht zur Sache, so daß Genosse **Flatau** — „unfreiwillig“, wie er sagte, als „Magistratskommissar“ das Wort nahm. Er machte das sehr ungenügend und hoffte, es nie wieder nötig zu haben! Flatau betonte gegenüber den kommunistischen Rednern die gesetzliche Verpflichtung der Stadt zur Bereitstellung von Grundstücken und Räumen für die Arbeitsämter. Bei den Verhandlungen, das könne er als Mitglied des Verwaltungsrates feststellen, seien die Belange der Stadt voll gewahrt worden. Die Stellung der Kommunisten würde besonders von den Arbeitslosen nicht verstanden werden.

Die Haushaltberatung.

Die Haushaltberatung begann mit dem Kapitel Hauptverwaltung. Dabei spielte insbesondere der

Etat des städtischen Nachrichtenamtes

eine erhebliche Rolle. Bekanntlich war im Ausschuß auf Antrag der Deutschnationalen die Auflösung des Nachrichtenamtes überhaupt beschlossen worden. Um diesen Antrag ging es nun, wobei die merkwürdige Auffassung gewisser Leute von den Aufgaben, der Wirkungsweise und den Obliegenheiten einer Stelle zur Nachrichtenvermittlung an die großstädtische Presse zum Ausdruck kam. **Stadto. von Jockin** (Dnat.) bemängelte beispielsweise, daß der Vertreter des Nachrichtenamtes allmüttiglich zur Pressekonferenz der Reichsregierung im Auto fahre! Für Herrn von Jockin scheinen Autofahrten allerdings nur Vergnügungsfahrten zu sein! Selbstverständlich stehen Kommunisten und Nazis in das gleiche Horn.

Stadto. Flatau (Soz.)

gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die anwesende Presse erfahren könne, wie sachverständig im Ausschuß über das Nachrichtenamt und Presseangelegenheiten geredet wurde. Flatau gab zunächst einen Rückblick auf die Entstehung des Nachrichtenamtes; es sei doch die Absicht gewesen, den privaten Personen die Übermittlung der Nachrichten aus der Stadtverwaltung an die Presse zu nehmen. Strengste Objektivität zu erreichen, sei die Absicht gewesen, die erreicht wurde. Die Gründe, die sich die Gegner bei der Ablehnung der Person des Leiters des Nachrichtenamtes zu eigen machen, seien für die Sozialdemokraten selbstverständlich völlig fort; sie werden allerdings verständlich, wenn man weiß, daß der Leiter der Sozialdemokrat Dr. Lohmann ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Hauptfrage sei, daß das Nachrichtenamt im Anteil der ersten Presse bestehen können und das ist der Fall.

Im Ausschuß ist doch selbst verlangt worden, die Zeitungen sollten die Mittelungen, die sie vom Amt bekommen, bezahlen. Damit wäre dann also glücklich das alte Höfergesetz um die Nachrichten wieder hergestellt! Das lehnten die Sozialdemokraten auf das entschiedenste ab. Sie sind vielmehr mit der vom Oberbürgermeister Dr. Sahn zugesagten objektiven Überprüfung der Organisation des Nachrichtenamtes einverstanden und erwarten, daß sich diese Überprüfung nicht auf Personen, sondern auf das rein sachliche Gebiet der Vereinfachung und Vereinfachung erstreckt. Wer einem dahingehenden Antrag der Sozialdemokraten nicht zustimmt, der zeige, daß nur einseitige politische Gründe für ihn maßgebend seien. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen 19 Uhr wurden die Abstimmungen zu den verhandelten Etatteilen vorgenommen. Dabei wurden eine ganze Anzahl kommunistischer und nationalsozialistischer Anträge abgelehnt. Angenommen wurde mit 93 Stimmen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien gegen 85 Stimmen der Kommunisten und der Rechter der vorerwähnte Antrag der Sozialdemokraten zum Nachrichtenamt.

Die Stadtverordneten wandten sich dann der Beratung der Kapitel Polizeiverwaltung, Straßenbau, Siedlungs- und Wohnungswesen, Schule und anderer Kapitel zu. Dabei lehnte **Stadto. Kleine** (Komm.) die Zuschüsse für staatlichen Polizei generell ab, ebenso **Stadto. Cagel** (Naz.). Dem Schlußetat verweigerte der Kommunist **Schubring** die Zustimmung.

Stadto. Kreuziger (Soz.)

bedauerte, daß es in diesem Jahre nicht möglich ist, den Schlußetat auf der Höhe der Vorjahre zu halten. Es sei der Unterschied zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, daß die ersteren Abstriche bei den sozialen Erfordernissen der Schule verlangen, während die Sozialdemokraten für deren Erhaltung und ihren Ausbau eintreten. Die **Stadto. Frau Bechel** (Dnat.) habe sich hier im Plenum gegen eine Heraushebung der Klassenfrequenz ausgesprochen, während ihr Parteifreund **Steiniger** im Ausschuß eine Anfrage stellte, die im Unterorden erkennen ließ, daß man getrost heraufgehen solle. (Hört, hört! bei den Soz.) Gegenüber dem kommunistischen Redner erklärte **Kreuziger**, daß für die Lehrmittelferteilung immer noch 100 Proz mehr im Etat fänden, als beispielsweise 1924 und nicht „ein paar Pfennige“, wie Herr **Schubring** zu sagen beliebte.

Alle Verbesserungsanträge sind von den Sozialdemokraten gekommen.

Obwohl die Gegenseite vor bewußten Ueberreizungen nicht zurück-

schreckte, seien dennoch genügend Unzuträglichkeiten festzustellen. Insbesondere sei durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl eine Ueberalterung der Lehrkörper zu befürchten, da junge Kräfte nicht eingestellt werden können. — Es fragt sich, ob die ergriffenen Maßnahmen zu umgehen waren. Bei den Finanzverhandlungen ist von den Staatsvertretern stets hervorgehoben worden, daß Berlin Maßnahmen, wie sie andere Städte längst durchführen müßten, immer noch nicht nötig hatte. **Kreuziger** hat die Schulverwaltung um Auskunft wegen der Kündigungen der Junglehrer. In einem Antrag forderten die Sozialdemokraten, daß die Kündigungen nicht zu ständigen Entlassungen führen und daß

bei etwaigen Entlassungen Härten vermieden und individuell vorgefahren wird.

Am Schluß gab es noch einige erheitende Momente, als der **Nazi-Schulz**, ein Stadtspektor aus einem Fachschulbüro, eine „Rede“ stotternd aus einem Manuskript abzulesen versuchte. In einem zu gegebener Zeit zu veröffentlichen Schulprogramm werde sich zeigen, so kündete Herr **Schulz** an, daß die Nationalsozialisten für Zucht und Ordnung in der Schule seien. Ganze zwei Nazis hörten dem nationalsozialistischen „Redner“ zu, die anderen waren geflüchtet!

Schluß der Sitzung gegen 22 Uhr.

„Sie können im Stall enden!“

Sagt der städtische Herr Gutsadministrator.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Pankow kam am Donnerstag ein Fall zur Verhandlung, der einen betäubenden Einblick in das traurige Schicksal einer Schuhmacherfamilie gewährte.

Vor den Schranken des Gerichts stand die Frau Sch. und weinte bittere Tränen. Es ging um ihre Wohnung, die sie inzwischen verloren hat. Heute wohnt sie mit ihrem kranken Mann und ihren zwei arbeitslosen Söhnen in einer dürftig hergerichteten Laube. Bis zum letzten Sonntag dieses Jahres wohnte sie in einem Hause des Vorwerks Rosenthal, das zum Berliner städtischen Gut Blankenfelde gehört. Der Mietzins, den sie 12 Jahre lang bezahlte, betrug für die Zweizimmerwohnung 36 M. im Monat.

Die Wohnung hat ihre kleine Geschichte. Während des Krieges lag ein Brigadestab der kaiserlichen Armee auf dem Gut Blankenfelde, ein Teil der Mannschaften lag in Falkenberg hinter Weihensee. In Falkenberg lag auch der Kompagnieschuster Sch., und als die alte Armee aufgelöst wurde, sagte man ihm, er solle doch aufs Gut Blankenfelde kommen, da wäre für die Arbeiter genug Schuhzeug zu reparieren. So zog Sch. mit seiner Familie in die Gutswohnung, ohne allerdings ein vertragliches Arbeitsverhältnis mit der Gutsverwaltung einzugehen. Anfänglich war alles schön, bis der Schuster an einem Darmgeschwür erkrankte. Da er sich nicht mehr bücken konnte, war es aus mit dem Schuhbesitzer. Schmahans wurde Küchenmeister. Jetzt ist der Mann so elend, daß ihm eine Operation wohl Heilung bringen könnte, das Reinickendorfer Krankenhaus aber den Mann wegen seiner Schwäche nicht zu operieren vermochte.

Es war ein großes Glück für die Familie, daß der Mann bei **Bergmann** in Rosenthal als Einhofer für die Teetische der Belegschaft unterkommen konnte, wo er gegenwärtig 23 M. in der Woche verdient. Zu Hause sollen aber von diesen 23 M. insgesamt vier hungrige Mäuler gestopft werden, denn da sitzen noch zwei Söhne, beide wie gejagt arbeitslos. Was war von alledem die

Folge? Die Familie blieb die 36 M. monatliche Miete schuldig. Und jetzt kommt die Wendung in dem Fall, um dessen willen er eine Veröffentlichung erheischt.

Die Frau Sch. geht aufs Gut Blankenfelde, zum Büro des Herrn Administrators Dr. D. und sagt: „Verzeihung, Herr Doktor, kann ich Sie wegen der Abzahlung der rückständigen Miete sprechen?“ Darauf Dr. D.: „Ach, ich kenne Sie schon, wie komme ich dazu, Ihnen die Miete zu stunden.“ Und weiter sagt dieser in guter fester Stellung sich befindende Herr Administrator zu der verhärmten, in größter Not sich befindenden Frau:

„Sie sind gekleidet wie eine Baronesse, schämen Ihren kranken Mann vor und wollen nur die Wohlfahrt aussehen. Gehen Sie raus und verdienen Sie sich die Miete!“

Die Frau weint wieder und sagt, sie wird die Wohnung aufgeben, denn die 36 M. Miete kann sie nicht erschwingen. Da beendet der Herr Administrator Dr. D. die Unterhaltung mit den Worten: „Reinsetzen können Sie im Schweinestall enden!“ Das, wohl gemerkt, sagte Dr. D. zu einer Frau, die nicht zu den Gutsarbeitern gehörte.

Am Donnerstag folgte das Nachspiel vor dem Amtsgericht Pankow. Rechtlich lag der Fall für die Familie Sch. ausfallslos. Man einigte sich auf eine ratenweise Abzahlung der rückständigen Miete. Wobei der Frau noch 13 M. Kosten entstanden sind. Jetzt ist sie in die Laube gezogen, die monatlich 7,50 M. Pacht kostet. Daneben hat sie noch einen Kartoffelacker, für den dieser Tage 11,25 M. Pacht fällig sind. Nur hat die Frau Sch. keine 11,25 M. „Ich weiß nicht mehr, wovon wir leben sollen“, sagte sie zum Schluß und der kranke Mann hat gedroht, er will allem ein Ende machen. Wie wir hören, hat sich das Wohlfahrtsamt Pankow dieses traurigen Falles einer verarmten Familie angenommen.

Die Deputation für Güter und Forsten sollte sich dieses Falles an- und den Herrn städtischen Administrator einmal vornehmen.

Selbstmord eines 15jährigen.

Warf sich vor die Räder eines Vorortzuges.

Ein entsetzlicher Vorfall spielte sich gestern Abend auf der Vorortstrecke zwischen den Stationen **Pichelsberge** und **Spandau** ab. In der Nähe der sogenannten **Teltower Schanzen** warf sich der fünfzehnjährige **Richard Dieder** aus der Württembergstraße 20 vor die Räder eines elektrischen Zuges. Dem jugendlichen Selbstmörder wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Ueber die Gründe zur Tat konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Der verhängnisvolle Schlag.

Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg vor Gericht.

Ein tragischer Vorfall spielte sich am 2. März unter Buchdruckern ab. Es war Sonntag, kurz nach 5 Uhr morgens. Die Buchdrucker aus verschiedenen Zeitungsverlagen hatten soden ihre Nachtschicht beendet und fanden sich in einem Lokal in der Zimmerstraße zusammen. Die einen spielten Stat, die anderen plauderten bei dem letzten kleinen Becher, es herrschte die friedlichste Stimmung der Welt. Der Buchdrucker **R.** kam mit seinem früheren Arbeitskollegen, dem Buchdrucker **M.** ins Gespräch und erinnerte ihn an seine Schuld von 3 Mark, die er ihm vor längerer Zeit während der Arbeitslosigkeit geliehen hatte. **M.** konnte sich daran nicht mehr erinnern, er machte verschiedene Ausflüchte. Als **M.** einige Minuten später an dem Tisch vorbeikam, an dem **R.** saß, nahm einer seiner Kollegen **M.** den Hut vom Kopf und gab ihn **R.** „Da hast Du ein Pfand“. **M.** ging zur Tür, **R.** folgte ihm, stülpte ihm den Hut auf den Hinterkopf und versetzte ihm einen Schlag ins Genick. **M.** der schon auf der Strafe war, drehte sich um, erhielt aber fast in demselben Augenblick von **R.** einen Schlag gegen das Kinn oder gegen den Hals. Der Fahrradmann war glückig, **M.** fiel um und blieb bewegungslos liegen. Während **M.** mit einem seiner Kollegen damit beschäftigt war, **M.** vom Fahrradmann auf das Trottoir zu schaffen, entstand ein Aufruhr, ein Polizeibeamter erschien, und nahm die Personaten der Beteiligten und der Zeugen auf. **M.** hatte sich unterdessen erholt, und erklärte, ohne fremde Hilfe nach Hause gehen zu können. Er wollte eine Taze nehmen. Man fand ihn einige Zeit darauf auf der Treppe seines Hauses im bewegungslosen Zustand. Der Arzt konstatierte einen Schädelbruch. Kurze Zeit darauf starb der Verunglückte. Als **M.** am Dienstag, dem 4. März, seinen Nachmittagsdienst antreten wollte, wurde er verhaftet. Er hatte nicht geahnt, daß der Schlag derartige Folgen haben könnte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen Körperverletzung mit Todeserfolg eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Das Gericht verurteilte **M.** wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu neun Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung heißt es: Davon, daß er den Tod des **M.** gemollt hätte, ja, daß er ihn vorausgesehen hätte oder ihn voraussehen in stande gewesen wäre, könne gar keine Rede sein. Der Tod steht aber in ursächlichem Zusammenhang mit dem Schlag. **M.** hat somit die Folgen dieses Schlages zu tragen. Ueber die Frage der Bewährungsfrist soll erst nach anzustellenden Ermittlungen entschieden werden.

R. stand nach der Beurteilung wie vom Donner gerührt regungslos da. Er hatte immer noch gehofft, daß er für den Tod, den er nicht gewollt und für den er nichts kann, nicht verantwortlich gemacht werden würde. Wenn er ähnliches hätte ahnen können, er wäre an jenem verhängnisvollen Morgen an seinen Kollegen bestimmt nicht herangetreten, um ihn an die alte Schuld von 3 Mark zu mahnen. ...

Der Raubüberfall auf die Hausbesitzerin

Der Schwiegersohn vollkommen unschuldig.

Am Donnerstag früh wurde, wie wir berichteten, die 65 Jahre alte Hausbesitzerin **Therese Felske** in ihrer Wohnung in der Hermannstraße 44 zu Neukölln von drei maskierten Männern überfallen, mißhandelt und beraubt.

Frau **Felske** hatte einen so schweren Nervenzusammenbruch erlitten, daß sie bis in den Nachmittag hinein mit einer Vernehmung verschont werden mußte. Am Tatort hatten in der Zwischenzeit die Kriminalbeamten des Raubdezernats festgestellt, daß einer der Eindrehler vom Treppentur aus zu einem offenstehenden Kammerfenster hinübergeklettert und dort eingestiegen war. Es ist ferner festgestellt, daß die Täter nicht 300, sondern 600 Mark mitgenommen haben. Außerdem haben sie böswillig manches vernichtet. Einer der Täter hat sogar den Zuleitungsdraht der elektrischen Lampe abgerissen, um mit ihm die Greisin zu fesseln. Sie war jedoch bereits bewußtlos, und so nahm er von der Fesselung Abstand. Bekanntlich hatte Frau **Felske** zunächst ihren Schwiegersohn als einen der Täter bezehnet. Diese Beschuldigung ist vermutlich auf die starke Aufregung und das Mißverhältnis zwischen den Verwandten zurückzuführen. Es ist bei Prüfung des Aktes des Schwiegersohnes seine Unschuld vollkommen einwandfrei festgestellt worden. Wie bereits gemeldet, sind für die Ermittlung der Täter von der Kriminalpolizei 500 Mark Belohnung ausgeföhrt worden. Unter Hinweis auf diese Belohnung werden alle Personen, die über die Täter etwas mitteilen können, gebeten, sich bei der Dienststelle A 5 im Polizeipräsidium zu melden.

Um ein Rembrandt-Bild.

Schadenersatzlage von 160 000 Mark abgewiesen.

Eine Schadenersatzlage in Höhe von 160 000 Mark, die der Kunsthändler **Caros** gegen den Kunstsammler **Dr. Kern** sowie die Kunsthändler **Busch** und **Graubart** angestrengt hatte, wurde von der 13. Zivilkammer beim Landgericht II auf Kosten des Klägers abgewiesen.

Es handelte sich dabei um ein Gemälde „Die Heilige Familie auf der Flucht“, das dem Kunsthändler **Caros** angeblich als ein echter **Rembrandt** verkauft worden sei, während es sich später herausgestellt habe, daß das Werk lediglich ein Gemälde des **Rembrandt-Schülers Fabricius** sei. Die Klage stützte sich darauf, daß der Kunstsammler **Dr. Kern** sowie die Kunsthändler **Busch** und **Graubart** eine Reihe von Umständen, von denen der Kauf abhängig gemacht worden sei, bewußt verschwiegen. In dem Prozeß, der schon lange Monate die Zivilkammer beschäf-

Eine Sonderaktion.

In der neuesten Nummer des „Klassenkampf“ veröffentlichten die Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Sengewitz, Ströbel und Max Adler unter der Überschrift „Mahnruf an die Partei“ eine Erklärung, in der sie sich gegen den Beschluß der Reichstagsfraktion vom 16. Juni wenden. Sie fordern außerdem zur Einsetzung von Zustimmungserklärungen auf. Ein derartiger Schritt läßt sich mit der Einheit und Geschlossenheit der Partei, die nie nötiger war als in der gegenwärtigen Situation, nicht vereinbaren. Dieser Schritt steht im Widerspruch zu dem Geist und der dringlichen Mahnung des Leipziger Parteitag, nicht mit der Einheit der Partei zu spielen, und zu der entschiedenen Beurteilung, die der Disziplinbruch der Reun durch eine überwältigende Mehrheit der Partei gefunden hat. Wir hoffen, daß die zuständigen Organisationen Mittel und Wege finden werden, um derartige Versuche bereits in den Anfängen zu unterbinden.

Die bürgerliche Presse hat sich der Erklärung der Drei bereits bemächtigt. Sie sollte aus dem Leipziger Parteitag gelernt haben, daß alle Hoffnungen auf eine Spaltung der Sozialdemokratie Hirngespinnste sind.

Kultusminister greift ein.

Ein Erlaß an die Universitätsrektoren.

Die jüngsten Vorfälle an der Berliner Universität, die keine vereinzelte Sonderaktion darstellen, sondern deutlich erkennbar auf ein planmäßiges Vorgehen der radikalen Flügel der Studentenschaft schließen lassen, haben den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Grimme veranlaßt, die akademischen Behörden nochmals zu energischem und raschen disziplinarischen Einschreiten gegen die ruhestörenden Elemente an den Hochschulen aufzufordern.

In dem Erlaß macht der Kultusminister — wie der „Soz. Pressebericht“ mitteilt — den akademischen Disziplinarkommissionen zur Pflicht, in allen denjenigen Fällen, in denen sich Studenten der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit innerhalb der Räume der akademischen Anstalten oder in ihrer näheren Umgebung schuldig machen, das Disziplinarverfahren so schleunigst vorzunehmen, daß es innerhalb einer Woche seit Feststellung des Täters zum Abschluß gebracht werden kann. Für diese Zeit hält der Minister es für selbstverständlich, daß die Unruhestifter zur Vermeidung weiterer Störungen von der Universität ferngehalten werden. Studenten, die von Polizeibehörden bei einer gegenwärtigen Handlung betroffen und festgenommen werden, sollen sofort dem Schlichter vorgeführt werden. Ferner wird in dem Erlaß darauf hingewiesen, daß die Einführung einer verschärften Kontrolle an den Universitäten unumgänglich nötig sei, damit das gerade in den letzten Tagen wieder beobachtete Eindringen universitätsfremder ruhestörender Elemente unterbunden werden kann.

Der Erlaß ist am Donnerstagabend an die Universitätsbehörden abgegangen. Weitergehende Anordnungen des Kultusministers waren nicht möglich, weil nach dem geltenden Disziplinargesetz für die Universitäten vom 29. Mai 1879 die Disziplinargewalt ausschließlich in den Händen der akademischen Behörden liegt. Es ist an der Zeit, daß dieses Gesetz bald die notwendigen Änderungen erfährt. Ohne dem ist dem Rombdium an den Universitäten, angesichts der Einstellung zahlreicher Professoren und Hochschulleiter, kaum das Handwerk so zu legen, wie es sich in den letzten Tagen als dringend notwendig erwiesen hat.

Das Bombenattentat in Kiel.

Mittäter vorhanden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst macht zu dem Tränengasbombenwurf in der von Prof. Schüding abgehaltenen Studentenversammlung in Kiel nähere Angaben, aus denen hervorgeht, wie gewissenlos die nationalsozialistischen Terroristen die Gesundheit und das Leben ihrer politischen Gegner aufs Spiel setzen.

Die Untersuchung durch den chemischen Sachverständigen hat einwandfrei ergeben, daß ein sogenannter Kanonenschlag verwendet worden ist, an dem sich mindestens eine Reizgaspatrone befunden hat. In dieser Reizgaspatrone ist weiter in der Untersuchung ermittelt worden, daß es sich um einen Stoff handelt, der nicht nur durch das Einatmen schwere gesundheitliche Schädigungen zur Folge hat, sondern der auch, falls unvorsichtig Tröpfchenübertragungen auf das Auge stattfinden, Wirkungen bis zu dauernder Erblindung mit sich bringen kann. Die Gefahr dieses Stoffes liegt vor allem darin, daß eine schwer gesundheitsschädigende Wirkung auf die Atmungsorgane schon dann einzutreten pflegt, wenn die Einwirkung des Reizstoffes auf den davon Betroffenen länger als eine Minute konzentriert andauert. Diese Gefahr ist aber in überfüllten Versammlungen regelmäßig vorhanden, weil zunächst die Reizwirkung aufs Auge eintritt, die den Anwesenden das Sehen erschwert und damit auch die richtige Orientierung zu den natürlich von allen Seiten bedrängten Ausgängen. Alles in allem handelt es sich um einen außerordentlich gefährlichen Reizstoff, dessen Anwendung in einer Versammlung naturgemäß ein brutales Verbrechen bedeutet.

Die polizeilichen Ermittlungen über den Täter, der sich in Haft befindet und Donnerstag mittag dem Richter vorgeführt wird, haben ergeben, daß er Mitglied sowohl der Kieler nationalsozialistischen Studentenorganisation wie auch der S. L. Formation ist. Er ist Mediziner, mußte sich also über die gesundheitlichen Folgen seines Vorgehens wenigstens einigermaßen trotz seiner Jugend im klaren sein. Die Hausdurchsuchung in seiner Wohnung, die eine weitere Reizgaspatrone mit demselben gefährlichen Stoff zutage förderte, hat Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er Mittäter hat.

Greifswald darf nicht fehlen.

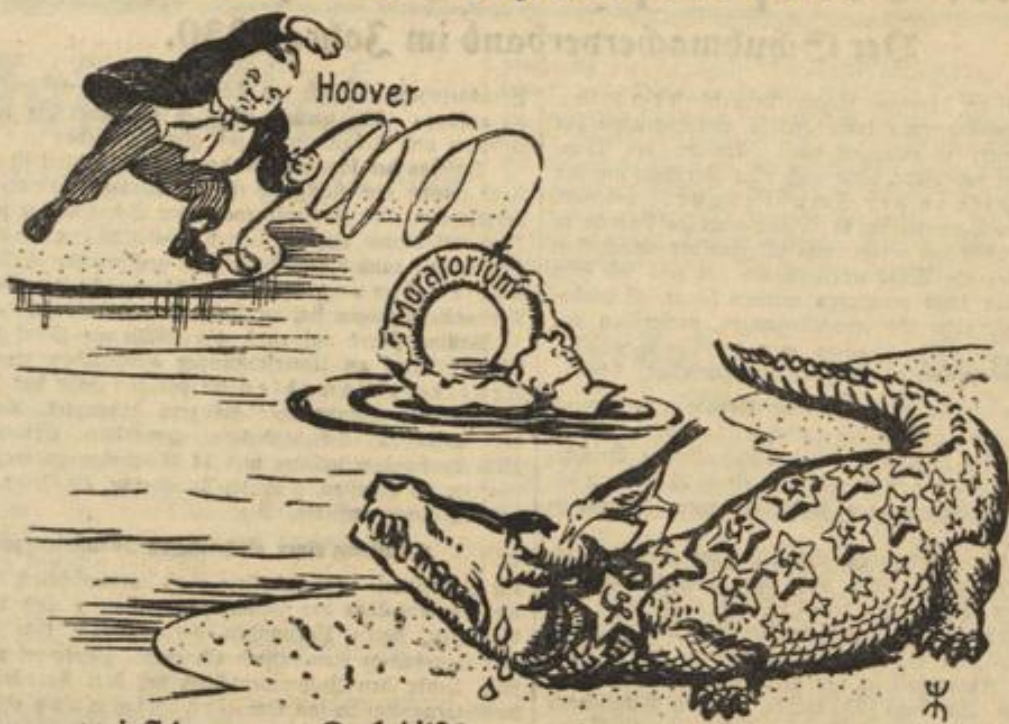
Rechtsradikale Studenten greifen Polizei an.

Greifswald, 2. Juli.

Die rechtsradikale Studentenschaft der Universität demonstrierte am Donnerstag gegen die Verteilung des Studenten-Lugge, der wegen Beleidigung des „Republikanischen Studenten-Kartells“ auf die Klage der demokratischen Professoren Jiegler und Klinkmüller und des ehemaligen Landrats Rogge hin zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Der rund 1000 Mann starke Demonstrationzug ging gegen die Polizei derart aggressiv vor, daß die Beamten zur Säuberung der Straßen vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußten. Mehrere Studenten wurden verhaftet.

Das Sowjetkrokodil.



„Warum weinst du, armes Krokodil?“

„Mir tun die amerikanischen Steuerzahler so leid, auf deren Kosten dieser Hoover den Ertrinkenden rettet. Und ich hätte ihn doch selber so gern gefressen!“

Großpensionen / Gehaltskürzung.

Ein Weg zur gesetzlichen Regelung.

Der freigewerkschaftliche Beamtenführer und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Böcker hat den Reichsarbeitsminister darauf aufmerksam gemacht, daß sehr wohl eine Möglichkeit der Anrechnung privaten Einkommens auf hohe Pensionen bestehe.

Dr. Böcker verweist auf zwei Urteile des Reichsfinanzhofes vom 15. Januar und vom 25. März dieses Jahres. Durch diese beiden Urteile wird die Gehaltskürzung der Beamten gerechtfertigt, so daß es für den von der Kürzung betroffenen Beamten, nachdem diese Urteile ergangen sind, kein Rechtsmittel mehr gibt, um etwa die Kürzung seiner Bezüge abzuwehren. Wenn sich die Reichsregierung, wie angenommen werden muß, die Gedankengänge dieses Urteils zu eigen macht, dann wäre damit ein Weg gegeben, um die nötige beschleunigte Erfassung der neben hohen Privateinkommen bezogenen hohen und höchsten Pensionen durchzuführen.

In den erwähnten Urteilen wird ausgeführt, es sei zweifelhaft, ob eine allgemeine gleichmäßige Herabsetzung der Beamtengehälter in die wohlverordneten Rechte der Beamten eingreife, solange sich diese Herabsetzung in den Grenzen halte, die durch Gewährung eines standesgemäßen Lebensunterhaltes gezogen sind. Selbst wenn man — das ist besonders beachtlich — ein wohlverordnetes Recht der Beamten auf die ihnen einmal durch Gesetz zugesprochenen Gehälter anerkennen wolle, dann dürfe doch nicht übersehen werden, daß dieses Recht in der Pflicht des Beamten seine Schranken finde, dem Reiche und Staat nach Maßgabe seiner Kräfte zu dienen. Diese Pflicht bringe es mit sich,

daß der Beamte in Zeiten einer allgemeinen, im öffentlichen Haushalt in stärkster Weise in Erscheinung tretenden Notlage auch wirtschaftliche Opfer auf sich nehmen müsse. Das Recht der Beamten auf Fortgewährung der Bezüge in der einmal festgesetzten Höhe höre dann auf, ein wohlverordnetes Recht zu sein, wenn die Staatsnotwendigkeit, auf die Rücksicht zu nehmen wesentliche Pflicht der Beamenschaft sei, ein Zurücktreten dieses Rechtes erfordere. Die Grenze für dieses Zurücktreten liege in dem Anspruch auf Gewährung eines standesgemäßen Unterhaltes.

Diese Auffassungen geben, insofern sie sich mit der Auffassung der Reichsregierung über die Zulässigkeit der Gehaltskürzung decken, nach der Auffassung Dr. Böckers durchaus die Möglichkeit, mit derselben Begründung die vom Volksempfinden geforderte Anrechnung hohen Privateinkommens auf die hohen Pensionen vorzunehmen. Dem Volke könne doch wohl nicht Kargemacht werden, daß das Kriterium der Verfassungsmäßigkeit in der Höhe des zur Anwendung kommenden Prozentsatzes der Kürzung liege. „Wenn 18 und mehr Prozent Gehalts- oder Pensionskürzung unter sich mit der Verfassung nach Auffassung der Regierung widerspruchlos vereinbaren läßt, dann kann eine Vorchrift wohl kaum verfassungswidrig sein, der zufolge beim Vorhandensein eines über einer bestimmten Grenze liegenden Privateinkommens beispielsweise 20, 30 oder mehr Prozent einer hohen Pension so lange ruhen, als der Empfänger dieser Pension das betreffende Privateinkommen bezieht.“

Wir sind gespannt, was der Reichsarbeitsminister auf diese Darlegungen erwidern wird.

Märchen um den Stahlhelmtag.

Die angebliche Intervention des Reichspräsidenten.

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ hatte gemeldet, der preussische Ministerpräsident Dr. Braun habe ursprünglich die Stahlhelmtage in Breslau verbieten wollen, habe aber im letzten Augenblick infolge einer Intervention des Reichspräsidenten seinen Standpunkt geändert.

Hierzu teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit: Die Behauptungen des „Dortmunder Generalanzeiger“ beruhen durchweg auf irrigen Informationen. Die preussische Staatsregierung hat von vornherein nicht die Absicht gehabt, die Stahlhelmtage in Breslau zu verbieten. Nachgelesen war hierbei für sie die Auffassung, daß in der Zeit vor dem Volksentscheid alles vermieden werden müsse, was die Auffassung erwecken könne, als solle die Propaganda des Stahlhelms für seinen Volksentscheid von der Staatsregierung gestört oder beeinträchtigt werden. Handelt es sich doch bei einem Volksentscheid um ein in der Reichs- und Preussischen Verfassung begründetes und gewährleistet Mittel der Volksbefragung.

Bedeutend dieser Gesichtspunkt ließ die vorhandenen Bedenken der preussischen Staatsregierung gegenüber den oft genug politisch unglücklichen und unerfreulichen, die innerdeutsche Atmosphäre in bedauerlichem Maße verschärfenden Kundgebungen des Stahlhelms zurücktreten, so daß eine Verbotsabsicht in keinem Augenblick erwogen wurde. Es versteht sich daher von selbst, daß es so keiner Intervention des Reichspräsidenten — die in Wirklichkeit auch nicht erfolgt ist — bedurft hätte, um ein Verbot des Stahlhelmtages zu verhindern.

Volksbegehren „Landtagsauflösung“. Das Preussische Staatsministerium hat am 30. Juni d. J. durch einen Beschluß festgestellt, daß das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Preussischen Landtags rechtswirksam zustande gekommen ist. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, tritt das Staatsministerium dem Begehren nicht bei, da die erforderliche Mindestzahl nur unwesentlich überschritten und nicht damit zu rechnen ist, daß in einem Volksentscheidverfahren die erforderliche Mehrheit erreicht werden wird.

Margies wird Sowjetbürger. Margies, der vom Reichsgericht zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, richtete an die Sowjetbehörden ein Gesuch um Erteilung der Sowjetstaatsangehörigkeit.

Geldstrafe für Ludendorff.

Wegen Beleidigung der Freimaurer.

Goltha, 2. Juli.

In dem Beleidigungsprozeß des ehemaligen Großmeisters der Großen Landesloge, Grafen zu Dohna, gegen Ludendorff wurde heute vom Amtsgericht Koburg das Urteil gefällt.

Ludendorff hatte anlässlich einer Versammlung dem Kläger bemühten Landesverrat vorgeworfen, weil er als Großmeister der Freimaurerloge von der geplanten Ermordung des österreichischen Thronfolgers und dem drohenden Ausbruch des Weltkrieges Kenntnis gehabt habe.

Das Urteil lautete: Der Privatbetroffene wird zu einer Geldstrafe von 500 Mark und in deren Nichterbringungsfall für je 50 Mark zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil in Ludendorffs „Volkswarte“, in der „Kreuzzeitung“ und im „Friedericus“ je einmal zu veröffentlichen. Die Kosten für das Verfahren werden dem Beklagten auferlegt.

Bomben explodieren auf Rom-Bahnhof

Im Güterwagen aus Frankreich. — Zwei Tote.

Rom, 2. Juli.

Auf dem kleinen Güterbahnhof im Quartiere Portonaccio, einem östlichen Arbeiterviertel Roms, ist heute gegen 11,30 Uhr eine Bombe explodiert und hat zwei Tote und einen Verwundeten gefordert. Die Bombe befand sich in einem Güterwagen. Die Wirkung der Explosion war außerordentlich stark, so daß die Fenster Scheiben der umliegenden Häuser gesprungen sind. Der betreffende Güterwagen war heute morgen auf dem Hauptbahnhof in Rom eingegangen. Dem Aufsichtspersonal war dort aufgefallen, daß von dem Güterwagen sämtliche Siegel entfernt waren. Der Wagen wurde daher auf den vorerwähnten kleinen Güterbahnhof abgehoben, um dort entladen zu werden. Er enthielt Tabak und Unterkleider und kam von der französisch-italienischen Grenze her. Von den Tätern ist bisher keine Spur vorhanden. Es ist aber anzunehmen, daß auch dieser Anschlag in den Rahmen der in der letzten Zeit aus Bologna, Turin und Genua gemeldeten Terrorakte gehört. Der Anschlag hat in der Bevölkerung Roms erhebliche Entrüstung hervorgerufen. Die Opfer des Anschlages werden wahrscheinlich auf Staatskosten beerdigt werden.

Im Krisensturm behauptet.

Der Schuhmacherverband im Jahre 1930.

Seit 1928 lastet auf der deutschen Schuharbeiterchaft ein Krisendruck, wie ihn so anhaltend noch keine andere Berufsgruppe der deutschen Industrieerwerber zu tragen hatte. Anstatt der lang-erwarteten Besserung hat das Jahr 1930 noch eine Verschärfung der Beschäftigungskrise in der Schuhindustrie gebracht. Der Zentralverband der Schuhmacher bezeichnet nicht zu Unrecht in seinem Geschäftsbericht 1930 das vorige Jahr als ein der schlimmsten Leidensjahre für die deutsche Schuharbeiterchaft, das nur mit dem katastrophalen Krisenjahr 1928 verglichen werden könne. Betriebs-einschränkungen und gänzliche Betriebsstillegungen, verbunden mit der

Entlassung von Hunderten tüchtiger Schuharbeiter.

waren im vorigen Jahr an der Tagesordnung. Geradezu verheerend wirkt sich die Krise in der sächsischen Schuhindustrie aus. Im Bezirk Sachfen ist die Zahl der in der Schuhindustrie Beschäftigten von über 20.000 in der Blütezeit auf etwa 12.000 zurückgegangen, die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher von etwa 18.000 auf 10.484.

Der Prozentsatz der arbeitslosen Schuhfabrikarbeiter lag im Jahresdurchschnitt 1930 um 1,4 Proz. über dem Jahresdurchschnitt der gesamten deutschen Wirtschaft, der 22,7 Proz. betrug. Der Prozentsatz der kurzarbeitenden Schuhfabrikarbeiter überstieg mit einem Jahresdurchschnitt von 39,5 Proz. den 13,8 Proz. betragenden Jahresdurchschnitt der Kurzarbeit in der gesamten deutschen Wirtschaft um das Vielfache. Im Juni 1930 waren von den Mitgliedern des Zentralverbandes der Schuhmacher nur noch knapp 18 Prozent Vollarbeiter; 56,8 Proz. der Mitglieder arbeiteten verkürzt und 25,3 Proz. der Mitglieder hatten überhaupt keine Arbeit. Nach einer eingehenden Berechnung des Verbandsvorstandes betrug infolge dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit allein innerhalb der deutschen Schuharbeiterchaft im Jahre 1930 der

Gesamtlohn- und damit Kaufkraftausfall 80,16 Millionen Mark.

Ganz im Gegensatz zu dieser Entwicklung stand aber im Berichtsjahr die Produktionsentwicklung in der deutschen Schuhindustrie. Trotz der katastrophalen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gegenüber dem Jahre 1929 blieb nach den eigenen Angaben des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie die Gesamtproduktion in Leder Schuhwerk mit 70,66 Millionen Paar nur um 2,2 Millionen Paar gegenüber dem Jahr 1929 zurück. Der Jahresbericht des Zentralverbandes der Schuhmacher stellt dazu mit vollem Recht fest: „Die anhaltende starke Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt für die Schuhfabrikarbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion läßt erkennen, daß infolge der scharfen Rationalisierung in der Schuhindustrie die Leistungen je Kopf der Belegschaft ganz erheblich gewachsen sind.“ Der Schuhverbrauch ist im Berichtsjahr auf 1,04 Paar pro Kopf der Bevölkerung gesunken von 1,14 Paar im Jahre 1929. In England beträgt der Schuhverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1 1/2 Paar und in Amerika 2 1/2 Paar. Das Geschrei der Unternehmer über die angebliche Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland wegen der „zu hohen“ Löhne wird auch in dieser Industrie durch die Tatsache treffend widerlegt, daß die deutsche Schuhindustrie ihren Export gegenüber 1929 um 40 Prozent steigern konnte.

Den deutschen Schuhindustriellen ist es also im vorigen Jahre nicht schlechter gegangen als den übrigen Industriellen. Trotzdem haben sie kein Mittel unversucht gelassen, um neben dem „offiziellen“ Abbau der Tariflöhne durch die Schlichtungsinstanzen auch noch einen „tatsächlichen“ Lohnabbau durchzuführen auf dem Wege über Betriebsstillegungen, Einführung billigerer Artikel usw. Die Tarifpolitik des Zentralverbandes der Schuhmacher war demzufolge im vorigen Jahre zwangsläufig in erster Linie auf die

Abwehr der Unternehmergriffe

abgestellt. Während 1929 noch 24 Angriffsbewegungen mit 95.691 Beteiligten wurden, waren es im Vorjahr nur 8 Bewegungen mit 800 Beteiligten. Die Zahl der Angriffstreiks ging von 10 mit 994 Beteiligten im Jahre 1929 auf 4 mit 160 Beteiligten zurück; die Zahl der Abwehrstreiks blieb mit 5 in beiden Jahren zwar gleich, doch stieg die Zahl der daran Beteiligten von 319 auf 1675. Die Zahl der Abwehrbewegungen ohne Arbeits einstellen ging gegenüber 1929 zwar von 8 auf 5 zurück, wogegen jedoch die Zahl der daran Beteiligten von 1996 auf 4516 stieg. Ausperrungen waren im Jahre 1929 insgesamt 2 mit 4677 davon Betroffenen, im vorigen Jahre 6 mit 3054 Ausperrten. Die Zahl der zu Anfang eines jeden

Berichtsjahres registrierten Tarife ging von 41 im Jahre 1929 auf 35 anfangs 1930 zurück, während die Zahl der tariflich erfassten Arbeiter und Arbeiterinnen fast gleich geblieben ist.

Infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit ist auch im vorigen Jahr wieder ein Rückgang in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Der Zentralverband der Schuhmacher schließt das Jahr 1930 mit einem Bestand von 65.902 Mitgliedern ab, einem Minus von rund 6300 Mitgliedern gegen Ende 1929. Für die gute Kassenführung des Verbandes spricht die Tatsache, daß das Verbandsvermögen sich im Laufe des Berichtsjahres noch um über 1/2 Million Mark auf rund 4 1/2 Millionen Mark erhöhte, obwohl 923.238 Mark an Unterstützungen ausgegeben wurden. Bei den Arbeiterratswahlen im vorigen Jahr hat sich der Zentralverband der Schuhmacher glänzend behauptet. Von den 1754 in der gesamten Schuhindustrie gewählten Arbeiterräten waren 1596 Verbandsmitglieder und 24 Mitglieder anderer freier Gewerkschaften, 80 Christen, 8 Hirsch-Dunkerische, 10 Gelbe, 14 RSD-Leute und 22 Unorganisierte. Die

Schaffung einer einheitlichen Industrieorganisation

für die gesamte Lederindustrie wird voraussichtlich im nächsten Jahr die Verhandlungstage der Schuhmacher, Sattler und Lederarbeiter beschließen, deren Vorständen vorher durch eine im Berichtsjahr bereits gebildete Kommission ein Satzungsentwurf vorgelegt werden soll. Ueber den Zusammenschluß der drei Verbände zu einer Industrieorganisation soll eine Urabstimmung unter den Mitgliedern entscheiden.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat auch in dem schweren Krisenjahr 1930, wie aus seinem Geschäftsbericht deutlich hervorgeht, für seine Mitglieder und auch für leider noch viele unorganisierte Arbeiter in der deutschen Schuhindustrie sozial geleistet, wie eine Organisation überhaupt nur zu leisten vermag.

Neue Kürzung der BMMZ-Gehälter?

Berhandlungen über den 15prozentigen Kurzarbeitsabzug.

Das mit dem Verband Berliner Metallindustrieller (BMMZ) abgeschlossene Sonderabkommen über Kurzarbeit sieht vor, daß die Gehaltskürzung infolge Kurzarbeit für die Monate April bis einschließlich Juni nicht mehr als 10 Proz. pro Monat betragen darf. Ab 1. August soll eine Kürzung bis zu 15 Proz. zulässig sein. Nachdem die Tarifgehälter der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ab 1. April um 6,55 Proz. gesenkt worden sind, wozu noch die Gehaltskürzung bei Kurzarbeit kommt, sind die BMMZ-Gewerkschaften nach Rücksprache mit den übrigen Verbänden an den BMMZ herantreten mit dem Verlangen, die Maximalgrenze der Gehaltskürzung von 10 Proz. bei Kurzarbeit auch über den 31. Juli hinaus bestehen zu lassen.

Sobald Verhandlungen mit dem BMMZ stattfinden oder ein Resultat vorliegt, wird in einer BMMZ-Funktionärversammlung darüber berichtet werden.

Die Gehaltskürzung.

Volle Anwendung auch auf die Polizeibeamten.

Wie uns vom Verband Preussischer Polizeibeamten E. A. mitgeteilt wird, sind die bisher durch die Presse gegangenen Nachrichten auf Herausnahme der Polizeibeamten aus der Rotorordnung und Nichtdurchführung der Gehaltskürzung unzutreffend. Die durch die Rotorordnung angeordnete Gehaltskürzung hat auf die Polizeibeamten wie auf jeden anderen Beamten volle Anwendung gefunden. Sie beträgt bei einem verheirateten Polizeioberwachmeister mit einem Kind, also einem älteren Beamten des Revier-Einzeldienstes, auf Grund der 1. und 2. Rotorordnung in Berlin 37 Mark monatlich.

Die preussische Regierung ist bestrebt gewesen, den Polizeibeamten des Einzeldienstes die besonderen Ausgaben, die ihnen durch die besondere Heranziehung zum Dienst in dieser unruhigen Zeit durch Fahr- und Zehrkosten entstehen, durch Gewährung einer Fahr- und Zehrkostenzulage abzugelten. Sie beträgt bei den Beamten des Revier-Einzeldienstes seit dem 1. Februar d. J. 6 Mark monatlich oder 20 Pf. pro Tag.

Die preussische Regierung beabsichtigt, diese Zulage für die Einzeldienstbeamten auf monatlich 12 Mark oder 40 Pf.

täglich zu erhöhen und für die Beamten der Bereitschaftspolizei, die bisher keine Entschädigung für die durch die Wehrdienstleistungen entstandenen Sonderausgaben erhalten haben, einen Zuschuß von 6 Mark monatlich oder 20 Pf. täglich in Form einer verbesserten Abendkost zu gewähren.

Die Gewährung des Fahr- und Zehrkostenzuschusses stellt keinen Ausgleich für die Gehaltskürzung, sondern nur einen teilweisen Ersatz der Sonderausgaben dar, die auf Grund der Wehrdienstleistungen entstehen, so daß die Gehaltskürzung nach der Rotorordnung auf die Polizeibeamten in vollem Umfang wirksam geworden ist.

RSD. gegen Bühnengenossenschaft.

„Theaterkrise und Bühnengenossenschaft“ lautete das Thema einer Kundgebung am Mittwochabend im Schubertsaal. Einberufen war die Versammlung von einem „Erwerbslosenausschuß der revolutionären Gewerkschaften“. Das Präsidium der Genossenschaft hatte dazu ausdrücklich erklärt, daß es einen solchen „Erwerbslosenausschuß“ nicht anerkenne. Es handelt sich also um eine wilde Organisation, die offenbar den Zweck verfolgt, die Schauspielergewerkschaft zu sprengen nach beliebigem kommunistischen Muster.

Man weiß, wie leicht sich gerade die sensiblen Bühnenkünstler zu Ubertreibungen hinreißen lassen. So tauchten auch diesmal die Legenden auf von dem „korrupten Präsidium“, das ein Leben in Luxus und Faulheit führe, und schuld sei an dem Eingehen des Schauspielers. Mit einem gewaltigen Aufwand von Temperament wurden die „Bonzen“ des Berrats an den Genossenschaftsmitgliedern gezeihen. Wer das Bühnenvolk kennt, nimmt ihr Pathos nicht allzu tragisch. Schließlich ist es ja nicht das erstemal, daß das Präsidium der Genossenschaft gestürzt werden soll. Es hat noch alle Stürme überdauert.

Die ahnungslosen Künstler werden zu einem großen Teil gar nicht bemerkt haben, wer die Drahtzieher der Hecke sind. Es sind nicht die vielleicht ganz gutgläubigen Referenten aus der eigenen Mitte: Mitglieder der Volksbühne und der staatlichen Theater. Es sind die unverantwortlichen Wähler gegen die freien Gewerkschaften, die sich auch hier die Not der Erwerbslosen zunutze machen, um im Trüben zu fischen. Ein kommunistischer Stadtrat legte eine sehr plumpe Liebeswerbung an, indem er seine Partei als besonders theaterfreundlich hinstellte und den notleidenden Schauspielern mit seinem Entwurf eines wahren „Volks-theaters“ goldene Berge versprach. Er beging dabei nur die kleine Unvorsichtigkeit, daß er auf die „Kasserjunker“ in Somjetruhland hinwies, wo es keine Arbeitslosigkeit und natürlich auch keinen Hunger gebe und die Schauspielerei sogar aus anderen Ländern zugezogen würden, um eine ganz neue Bühnenkunst aufbauen zu helfen.

Das war nun freilich ein bißchen zu starker Lob, denn die Tatsache, daß die besten Regisseure und Darsteller von Bühne und Film abwandern, läßt sich nicht wegschwandeln. Granowsky weist seit mindestens einem Jahre in Deutschland, die Baranowskaja, die Anna Sten, Komal-Sambowki filmen in Neubabelsberg. Pudowski hat bei uns gearbeitet, Eisenstein hält sich seit Monaten in Hollywood auf. Die besten russischen Sänger: Schaljapin, Baklanoff, die Jurjewskaja, sind feinerzeit ausgewandert aus dem Somjetparadies. Und das soll ein Eldorado der Künstler sein?

Wenn die Erfolge des Fünfjahresplans denen des künstlerischen „Aufbaues“ entsprechen, dann wird man sich keinerlei Illusionen mehr hingeben.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute um 194 Uhr lagern die Gruppen: Adlershof; Gruppenheim Adlershof, Blomachstr. 1. Wir feiern das einjährige Bestehen unserer Gruppe. — Nordring: Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 2. Partien in Franzfeld. — Reinickendorf-Ost: Jugendheim Lindauer Straße (Barock). Heimbesprechung. — Westliche: Jugendheim Wasserstr. 9. Heimbesprechung. — Charlottenburg: Jugendheim Speerstr. 20. Heimbesprechung. — Zehlendorf: Jugendheim Luriner Ecke Seestraße. Heimbesprechung. Anschließend: Was würde ich machen, wenn...? — Spandau: Wilhelmshagen: Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. Heimbesprechung. — Prenzlauer Berg: Volksparkstr. 44-46 (Oberrealschule). Heimbesprechung. — Hermannplatz: Jugendheim Sandstr. 11, Ecke Dohrenstr. Heimbesprechung. — Westliche: Rechnet die Partien der Gemeindefeier in Briefelang ab.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Freitag, folgende Veranstaltungen: Norden: Wir besetzen die Versammlung des Werksbezirks. — Südwest: Jugendheim Poststr. 11 (7. Hof, Quergeb. 1. Et., 2. St.) Jahrestagabend. — Berliner Druckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. S. Geschäftsfreunden von 20-22 Uhr im Jugendheim Ebertstr. 15. — Spiele im Ferien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz „Eintracht-Poppel“ (Norden).

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Redaktion: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Ehre, Freiheit; Dr. John Schifano; Grafen und Grafinnen: Reich, Karl; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Signa 2-Verlag.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

<p>Gekochtes Pökelfleisch geschnitten 1/4 Pfund 0.30</p> <p>Grasbutter Pfund 1.08</p> <p>Käse u. Fett Camembert vollf., Halbmond, Schil. 0.27 Ramadou halbfett 2 Stück 0.35 Harzer-od. Spitzkäse Kiste (Tilsiter Art) halbfett, Pfund 0.45 Blockkäse vollfett, Pfund 0.58 Steinbischer vollfett, Pfund 0.72 Holländer u. Edamer, vollfett, Pfund 0.76 Tilsiter vollfett, Pfund v. an 0.76 Limburger 0.42 vollfett Münster vollfett . . . Pfund 0.78 Margarine u. Kokosfett, 2 Pfund 0.75 Brafen u. Orlebarschmelz 0.56 Markenbutter allerfeinste 1.48</p>	<p>Frisch. Fleisch Schweinebauch Pfund 0.66 Schweineblatt u. Rücken Pfund 0.76 Schweineschinken Pfund 0.80 Gulasch 0.80 Kähler 0.88 Rückenfett brautfertig Pfund 0.52 Gehacktes . . . Pfund 0.62 Querrippe . . . Pfund 0.64 Rinderkamm u. Brust Pfund 0.80 Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.18 Roastbeef mit Knochen, Pfund 1.00 Hammel-Vorderfl. 0.88 Kalbskamm . . . Pfund 0.68 Kalbsbrust u. Rücken, Pfund 0.78 Kalbsschnitzel . . . Pfund 1.80</p> <p>Geflügel, Wild Tauben frisch geschlacht., Stück von an 0.60 Hühner frisch u. gefroren, Pfund von an 0.90 Brathühner Pfund v. an 1.15 Bratentel Pfund v. an 0.95 Hirschlätter Pfund v. an 0.72 Reh-Blatt v. an 0.95 Kochfleisch Pfund v. an 0.26</p>	<p>Obst Johannisbeeren Pfund 0.20 Kirschen 2 Pfund 0.35 Blaubeeren . . . Pfund 0.22 Tomaten Pfund 0.22 Pflirsche Pfund 0.24 Aprikosen Pfund 0.32 Kalf. Äpfel . . . Pfund 0.36 Zitronen Dutzend von an 0.36</p> <p>Wurstwaren Hausmach.-Sülze Pfund 0.48 Speckwurst Pfund 0.65 Dampfwurst u. Fleischwurst, Pfund 0.85 Mettwurst (Braunschw. Art) 0.88 Leberwurst (Hausmach.) 1.08 Leberwurst (Schinkenpoln. feine, u. Filetwurst) 1.30 Teewurst feine u. grobe 1.35</p> <p>Räucherwaren Schellfisch Pfund von an 0.32 Flundern u. Seelachs Pfund von an 0.36 Bücklinge Pfund von an 0.42</p>	<p>Gemüse Radieschen . . 5 Bund 0.10 Salat 4 Kopf 0.18 Grüne Gurken Stück von an 0.12 Weißkohl Pfund 0.10 Wirsingkohl . . . Pfund 0.12 Junge Möhren 3 Bund 0.20 Junge Schoten 3 Pfund 0.28 Schmorgurken . 3 Pfund 0.35</p> <p>Konserven Apfelmus 0.65 Pflaumen 0.72 Aprikosen halbe Frucht 0.95 Pflirsche kalf., halbe Frucht 1.18 Kirschen saure 0.90 ohne Stein 1.10 Ananas 8 Scheiben . . . 1.35 Aprikosen span., o. Zucker 1/2, Frucht, St. D. 2.90 Senfgurken Dose 2.25 0.58 Sellerie 0.65 Spinat 0.38 Br.-u. Schn.-Bohnen I 0.46 Würstchen Dose 5 Paar 0.75 Olisardinen 0.90 2 Klubbosen 0.75</p>	<p>Fische Kabeljau gr. Fische Pfund von an Seelachs gr. Fische } 14 Pf. Schellfisch } Rotbars } Bratschollen 2 Pfund v. an 0.35 Fischfilet Pfund von an 0.18 Zander . . Pfund von an 0.35 Leb. Krebse Mandel von an 0.60 Lebende Aale Pfund v. an 0.92</p> <p>Kolonialwaren Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.45, 1.55 1.40 Auszugmehl lose, Pfund 0.28 Kartoffelmehl . . Pfund 0.19 Sulfaninen Pfund 0.75, 0.44 0.40 Mandeln Pfund 2.20, 1.98 1.60 Bruchreis 0.14 Tafelreis 0.26, 0.23 0.18 Hartgrieß . . Pfund 0.28 0.26 Schnitz-Nudeln Pfund 0.56 0.46 Puddingpulver Vanille- u. Mandel-Geschmack 0.44 Schokolade-Geschmack 0.64</p>	<p>Wein Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas Racklos Urquell Frankfurter Apfelwein 0.60 1930 Oberhaardter . . . 0.73 1928 Mosener Königsberg Mosel 0.85 Fruchtsaft m. Steuer u. Fi. 1.20 1930 Hainfelder Letten . . 0.85 1929 Siefersheim. Marinsberg Wachstum Wirth 1.05 1929 Nitteler Lettenchen . . 1.10 1928 Kestener Herrenberg 1.45 Kirsch- u. Himbeersaft fein 1.10 Orangeade Hausmarke . . 1.25 Wein vom Faß zu billigen Preisen Apfelwein Liter 0.55 Johannisbeerwein . . . Liter 0.70 Malkammer Liter 0.80</p>
--	---	--	---	---	--

Deutsches Wirtschaftsschicksal.

Reichskredit A.G. zeichnet im Halbjahresbericht für 1931 ein sehr ernstes Bild.

Die Reichskredit A.G. hat ihren ersten Halbjahresbericht für 1931 veröffentlicht und in ihren allgemeinen und speziellen Uebersetzungen sowie in der Auswertung der statistischen wirtschaftlichen Daten dem ganz besonderen Ernst der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands besonders Rechnung getragen.

Der schwere Rückschlag in der Konjunktur.

In den ersten vier Monaten 1931 entwickelten sich die Verhältnisse noch relativ günstig. Obwohl die Produktion um 30 Proz. zurückgegangen war gegenüber dem Höchststand der vorhergehenden Konjunktur, stieg der Produktionsindex im Januar bis April von 69,4 auf 73,4 Proz. (gegenüber dem Höchststand von 107,5 Proz. im April 1929). Im Laufe des zweiten Vierteljahres ist die sehr ernste Gefahr eines neuen konjunkturellen Rückschlages eingetreten, der mit der starken Erhöhung des Diskonts und den trotz der Hoover-Aktion wahrscheinlich notwendigen Kreditrestriktionen in der Tat sehr wahrscheinlich wird.

Eine sehr interessante Gleichartigkeit der konjunkturellen Entwicklung wird für Amerika und Deutschland sowie anderen kapitalbedürftigen Ländern einerseits und typische europäische Kapitalüberreicherländer wie England, Frankreich und Schweden, festgestellt. Einem Produktionsrückgang gegenüber 1929 bis April 1931 von 27 Proz. in Deutschland und von 26 Proz. in den Vereinigten Staaten sowie von je 28 Proz. in Oesterreich und Polen zeigt England nur einen Rückgang der Produktion um 14,7, Frankreich nur von 5,6 und Schweden nur von 11,1 Proz. Die Ursache dieser Unterschiede rechtfertigen, zeigen sich auch beim Elektrizitätsverbrauch, im Baugewerbe und bei der Leistungslücke der Eisenbahnen. Im April 1931 war der Rückgang im Baugewerbe gegenüber 1929 in Deutschland mit rund 54 Proz. weitaus am stärksten, in den Vereinigten Staaten beträgt der Rückgang (hauptsächlich Industriebauten) aber auch 34 Proz., während er in England nur 4,6 Proz. betrug und in Frankreich sogar eine Zunahme von 4,9 Proz. festzustellen war.

Die Lage im deutschen Baugewerbe ist geradezu trostlos. Für die ersten fünf Monate 1931 wird ein Beschäftigungsrückgang von etwa 40 Proz. gegenüber April bis Mai 1930, von etwa 46 Proz. der entsprechenden Zeit 1929 und etwa 55 Proz. der entsprechenden Zeit 1928 festgestellt. Während 1928 der Gesamtwert der Bauproduktion April bis Mai auf 3 1/2 Milliarden, 1929 auf 2 1/2 und 1930 noch auf 2 1/2 Milliarden zu schätzen war, werde derjenige der ersten fünf Monate des Jahres 1931 den Betrag von 1 1/2 Milliarden Mark kaum übersteigen. Zwar seien die Baukosten recht erheblich zurückgegangen, die Zinsbelastung sei aber nur gering, so daß mit einer Belebung der Bautätigkeit, besonders im Wohnungsbau, kaum gerechnet werden könne, solange nicht die Kapitalbewegung eine entscheidende Besserung erfährt. Zu einem großen Teil sei die schwere Lage des deutschen Baugewerbes eine Folge davon, daß der ungewöhnliche Rückgang der Einkommen trotz aller Wohnungsnot die Mieten im freien Markt zum Sinken gebracht habe.

Entgegen der in der letzten Zeit beobachteten konjunkturgünstigen Wiederauffüllung der Läger kommt die Reichskredit A.G. zu einer insgesamt ungünstigen Konjunkturbeurteilung: „Nicht nur rät die Preisentwicklung und die schwierige Kapitalverfugung zur Zurückhaltung, der Rückgang des Verbrauchs und die vielfach vorhandene Vermehrung der Vorräte an Fertigwaren bei den Produzentengruppen macht Bedarfsstauungen im allgemeinen noch nicht wahrscheinlich.“ Die Feststellung, daß die deutsche Ausfuhr von Januar bis Mai 1931 wertmäßig um 24 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen ist, und daß der Abstand gegenüber anderen Ländern mit größerem Ausfuhrüberschuss außerordentlich verringert hat, dürfte die Beurteilung der pessimistischen Konjunkturbeurteilung unterstreichen.

Zahlungsbilanz 1931 — Kapitalmarkt — Reparationen.

Sehr eingehend und ausführlich werden die Zusammenhänge dann aufgezeigt, die diese pessimistische Beurteilung rechtfertigen. Das Zentrum der neuen Schwierigkeiten liegt in der politischen Weltbeunruhigung über die Zulassung der Verhältnisse in Deutschland, die zur Hoover-Aktion geführt hat.

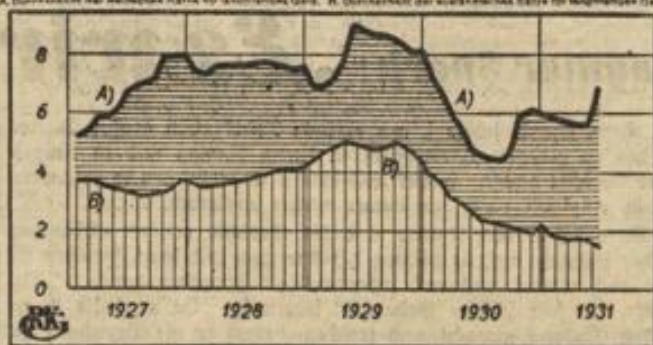
Durch die ausländischen Kreditkündigungen, ausländischen Verkäufe deutscher Werte und die Beringfügigkeit der ausländischen Kapitalzufuhr, hat sich die deutsche Zahlungsbilanz im 1. Halbjahr 1931 nach den Vorschlägen der Reichskredit A.G. katastrophal verschlechtert. Im ersten Halbjahr 1931 kamen nur etwa 200 Millionen ausländische Kredite herein gegen 967 Millionen im ganzen Jahre 1930. Während 1930 mehr als 1200 Millionen Kreditabzüge noch zu zwei Dritteln durch die Freigabe deutschen Vermögens gedeckt wurden und die Reichsbank im ganzen nur 120 Millionen Gold und Devisen abgeben mußte, beträgt allein im ersten Halbjahr nach der Schätzung der Reichskredit A.G. der Abzugsüberschuss ausländischer Gelder durch Kündigungen und durch Verkäufe deutscher Werte 1400 Millionen Mark, der voll durch Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank gedeckt werden mußte. Daraus zieht die Reichskredit A.G. den Schluß, daß entweder die Reparationszahlungen herabgesetzt werden müssen oder zugunsten Deutschlands auf einen entsprechenden Anteil am Weltmarkt verzichtet werden muß.

Die Verhältnisse auf den deutschen Geld- und Kapitalmärkten haben sich in der letzten Zeit ganz außerordentlich verschlechtert. Hinsichtlich der Zinsgestaltung und der kapitalmäßigen Entlastung, die sonst mit jeder Wirtschaftskrise eintritt, konnte Deutschland bisher sich noch keinerlei Vorteile sichern. In den Kapitalüberreicherländern hat sich der Rückgang der Zinsfüße in zahlreichen Konventionen, d. h. Herabsetzungen der Zinsfüße bei bestehenden Verpflichtungen, ausgewirkt. Deutschland sei wie die meisten europäischen Kapitalbedürftigen dieser wichtigen Krisenhilfe zunächst beraubt. Die in der Depression an sich sinkende Kapitalbildung sei in Deutschland besonders stark zurückgegangen, eine Tatsache, die die Last der Reparationen für Deutschland viel schwerer mache, als sie in den naekten Ziffern zum Ausdruck kommen. Die Reparationen seien nicht mehr aus einem Ueberschuss, sondern aus der Substanz bezahlt. Diese Lage sei allerdings verschärft durch die Forderungen von Kapital in Deutschland.

Die Kreditoren der deutschen Banken sind bis Mai 1931 gegenüber Anfang des Jahres um etwa 11 Proz. gesunken. Der Monat Juni dürfte infolge der fast panikartigen Zurückziehung ausländischer Gelder eine weitere sehr beträchtliche Ver-

minderung gebracht haben. Die Ueberstürzung, mit der die Abzüge erfolgten, zwingen zu der Annahme, daß der Anteil der ausländischen Gelder an der Finanzierung des deutschen Umsatzes weiterhin eingeschränkt bleibt und vielleicht noch zurückgeht. Die Reichskredit A.G. scheint davon überzeugt, daß eine starke Kreditrestriktion unvermeidlich ist, die ihre Auswirkung auf das deutsche Kreditssystem nicht verhehrt werde. „Eine zeitweilige Rückentwicklung, die Erziehung der auf Bankkredit gestützten Zahlung durch Wechselbegebung und dementsprechend eines Teiles der Bankausleihungen in laufender Rechnung durch Wechselanlauf wird für die nächste Zeit unvermeidlich sein.“ (Diese Voraussage kann nach der bisherigen Entwicklung auch trotz des 100-Millionen-Dollar-Kredits, den die Reichsbank erhalten hat, ihre Berechtigung behalten. — D. R.)

ABSTAND DER DEUTSCHEN GELDMARKTSÄTZE VON DEN AUSLÄNDISCHEN



Die Entwicklung der Zinsfüße in Deutschland im Verhältnis zu denen des Auslandes wird in der Graphik deutlich. Die Zinsfüße des Geldmarktes standen während des größten Teiles des ersten Halbjahres auf mehr als dem Dreifachen der ausländischen und sind im Laufe des Monats Juni auf fast das Fünffache gestiegen. Die Kapitalzinsfüße haben sich im Juni auf mehr als das Doppelte der ausländischen erhöht. „Die Größe des Zinsabstandes besagt, wenn man auch nur den Abstand der Kapitalmarktsätze ins Auge faßt, daß jede Goldmark, die Deutschland an das Ausland abgegeben hat, für Deutschland den doppelten Wert besitzt und mit den doppelten Anstrengungen aufgebracht wird wie in den Empfangsländern.“

In ihrem Ausblick

kommt die Reichskredit A.G. zu folgender Charakterisierung der gegenwärtigen, durch die Hoover-Aktion so wesentlich beeinflussten Lage: „Im Verlaufe der ersten Monate des laufenden Jahres hatten sich in Deutschland wie in der übrigen Welt Ansätze zu einer Verlangsamung des Konjunkturrückgangs und vielfach auch zu einem Stillstande gezeigt. Sie hatten die Hoffnung auf eine, wenn auch naturgemäß langsame Genesung der Weltwirtschaft erweckt. Im Verlaufe des zweiten Vierteljahres hat jedoch die Angst überall die Dämme überflutet. Insbesondere im Monat Juni drohte die Politik des „Rette sich, wer kann“ über die Erkenntnis zur unumgänglichen Zusammenarbeit zu siegen und die wirtschaftliche Entwicklung erneut um ein bedeutendes Stück zurückzuwerfen. Die Weltwirtschaft war in Gefahr, aus reiner Kapitallosigkeit neue beträchtliche Verluste auf sich zu nehmen, zu vergessen, daß sie nur von Zusammenarbeit leben kann, daß diese allein den Erfolg irgendeiner Arbeit und den Wert irgendwelcher Kapitalien auf die Dauer verbürgen kann. Der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten, über den im Augenblick noch verhandelt wird, stellt der Politik des „Rette sich, wer kann“ die Politik der Zusammenarbeit entgegen...“

21 Prozent mehr Weizenanbau!

Das Statistische Reichsamt macht Mitteilungen über die Ausdehnung der Weizenbaufläche, die ja im Rahmen der landwirtschaftlichen Rationalisierung eine besondere Rolle spielt. Danach sind im Deutschen Reich insgesamt 4,36 Millionen Hektar mit Roggen, 2,16 Millionen Hektar mit Weizen, 112 000 Hektar mit Spelz und Emmer, 230 000 Hektar mit Wintergerste, 1,39 Millionen Hektar mit Sommergerste und 3,35 Millionen Hektar mit Hafer bestellt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Roggenanbau um 351 000 Hektar = 7,5 Proz. verringert, während der Anbau von Weizen um 378 000 Hektar = 21,2 Proz. zugenommen hat.

Auch bei Gerste ist eine Vergrößerung der Anbauflächen eingetreten, und zwar bei Wintergerste um rund 33 000 Hektar = 16,7 Proz. und bei Sommergerste um 67 000 Hektar = 5,1 Proz. Dagegen ist der Anbau von Hafer um 85 000 Hektar = 2,5 Proz. und der von Spelz und Emmer um 6000 Hektar = 0,4 Proz. zurückgegangen.

Die Anbaufläche für Frühkartoffeln beträgt im ganzen 244 000 Hektar. Im Vergleich mit dem Vorjahr hat sich der Anbau um 7000 Hektar = 3,1 Proz. vergrößert.

Die Umstellung im Körnerbau und die Ausdehnung des Weizenanbaus übertreffen die kühnsten Voraussagen aller Sachverständigen. Bei den heutigen Zellen ist freilich über die Wirtschaftlichkeit der Umstellung damit noch nichts ausgeführt. Jedenfalls wird der Roggenanbau abbaufähig.

Kartelle blühen und gedeihen.

Der Zusammenschluß der deutschen Zuteindustrie.

Trotz vieler schöner Regierungsreden, trotz Kartellverordnung und Kartellnotverordnung führen die Kartelle ein ungestörtes Dasein. Jetzt ist es der Interessengemeinschaft Deutscher Zuteindustrieller gelungen, sich mit allen Außenstehenden zu einigen. Bis zum letzten Verbraucher sind Absatz und Preise für Zuteprodukte (Säcke usw.) geregelt. Die Verbraucher sind in drei Gruppen geteilt: Großbezieher; solche, die ganze Ladungen beziehen; sonstige. Die Großbezieher (z. B. J. G. Farben, Kali-syndikat) stehen außerhalb jeder Preisregelung, d. h. für sie wird von Fall zu Fall ein besonderer (billiger) Preis festgesetzt. Im Großhandel werden getrennt: Vertragshändler (direkt vom Kartell abhängig); Revershändler (schriftliche Ver-

pflichtung zur Befolgung der Kartellvorschriften; Vertragsstrafen!); sonstige. Diese „sonstigen“ Großhändler, die sich durch keinen Vertrag und keinen Revers dem Kartell unterwerfen haben, erhalten Waren in der Regel nur zu Kleinverkaufspreisen! Es versteht sich, daß die Kleinverkaufspreise im Vertrag oder Revers festgelegt sind; die „sonstigen“ Händler verhindert man durch die eben angegebene Maßnahme sehr wirksam, die festgesetzten Preise keinesfalls zu unterbieten. — Wir empfehlen dem Reichswirtschaftsministerium, die Praxis des Zutekartells sehr genau zu verfolgen.

Erfindung und Geschäft.

Verbesserter Fernsprecher?

Der I.T.L.-Konzern, das heißt die International Telephone and Telegraph Corporation — jener mächtigste internationale Nachrichtentrust, der kürzlich mit dem schwedischen Ericsson-Konzern einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen hat — will, nach einem großen französischen Informationsblatt, die Fernsprechanlagen seiner Tochtergesellschaften grundlegend verbessern. Es soll ein Apparat eingebaut werden, der es ermöglicht, daß der Fernsprechnutzer nach Wunsch das geführte Gespräch nachträglich nochmals abhören kann. Auf diese Weise würde das Ferngespräch zu einem Dokument. Welche Betriebsgesellschaften des I.T.L.-Konzerns diese Neuerung zunächst einführen werden, ob in Südamerika, in Konstantinopel oder in Schanghai, ist noch nicht bekannt.

Neuerungen dieser Art sind keineswegs nur etwa eine technische Spielerei; sie sind ein riesiges Geschäft, wenn sie eingeführt werden. Die Untergesellschaften des I.T.L.-Konzerns haben gegenwärtig weit über 700 000 Fernsprechstellen. Falls es möglich wäre, hier überall die erwähnte Verbesserung obligatorisch zu machen, so würde das für die Schwachstromindustrie, die diese Apparate bauen soll, einen gewaltigen Mehrumsatz bedeuten. Es wird sich natürlich hierbei um diejenigen Telefon- und Telegraphenbauunternehmen handeln, die der I.T.L.-Konzern in den verschiedensten Ländern der Welt beherrscht, sei es direkt, sei es durch die International Standard Electric Corporation.

Der Neuerung liegt der gleiche Gedanke zugrunde, der in Deutschland maßgebend gewesen ist, als vor einigen Monaten von der Einführung eines Fernschreibegeräts die Rede war, das im Telephonapparat eingebaut werden soll.

Zur Zeit wird die Telephonbauindustrie der Welt noch durch einen anderen Umgestaltungsprozeß stark mit Aufträgen versehen, nämlich durch die Automatisierung, d. h. die Erziehung der alten Fernsprengeräte durch Selbstanschlusssysteme. Die Anschlüsse im Fernsprechnetz haben sich verlangsam; die Beschäftigung der Telephonbauunternehmen wäre nicht entfernt so umfangreich, wenn nicht in allen Ländern der Fernsprechnetz automatisiert würde. Ende 1929 waren in Deutschland fast 47 Proz. aller Hauptanschlüsse bereits auf automatischen Betrieb umgestellt. Die beiden letzten Jahre brachten einen Zuwachs um je rund 200 000 automatisierte Fernsprechanlagen. Bei dem gegenwärtigen Tempo der Umstellungsarbeiten dürften keine fünf Jahre mehr vergehen, bis die Automatisierung abgeschlossen sein wird. Begreiflich, daß die Schwachstromindustrie schon jetzt nach neuen Möglichkeiten der Umstellung sucht, um rechtzeitig neue Maschinenaufträge zu erhalten.

Es ist natürlich nicht zu bestreiten, daß Neuerungen dieser Art, sei es nun eine Abhörvorrichtung, sei es ein Fernschreiber, besonders im Geschäftsbereich einen erheblichen praktischen Wert haben können. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man sich aber nicht auf die Umstellung bei solchen Teilnehmern beschränken, die diese Einrichtung wirklich wünschen, sondern man wird sie obligatorisch für sämtliche Teilnehmer durchzuführen wollen. Erst dies gewährt den Elektronenunternehmen denjenigen Massenabsatz, auf den sie hinarbeiten.

Bauwirtschaft und öffentliche Hand.

Öffentliche Aufträge werden gefordert.

Alle Verbände der Berliner Bauwirtschaft veranlaßten eine Kundgebung in der Philharmonie, um die Öffentlichkeit wieder einmal auf die große Bedeutung des Baugewerbes für die ganze Volkswirtschaft aufmerksam zu machen.

Mehrere Redner, darunter Reichsminister a. D. Dr. Reinhold, führten aus, daß eine Belebung des Baumarktes nicht nur den Arbeitsmarkt stark entlasten, sondern wegen der „Schlüsselstellung“ des Baugewerbes auch zu einer Ankurbelung der Gesamtwirtschaft führen würde. Im Jahre 1928 seien Bauten in Höhe von 8,9 Milliarden Mark ausgeführt worden; im Jahre 1931 würden es höchstens für 5 Milliarden Mark sein. Diese Einschränkung der Bautätigkeit sei wesentlich eine Folge der Kürzung der Hauszinssteuerermittel für Bauzwecke. Reich, Länder und Gemeinden müßten neue und große Aufträge verteilen.

Leider wurde nicht verraten, woher die öffentlichen Körperschaften in ihrer Finanznot die Mittel für neue Aufträge nehmen sollen. Die Bauwirtschaft hat auch in den Jahren 1928 und 1929 niemals gefordert, es sollten nicht so große Aufträge verteilt werden — denn wenn man Konjunkturausgleich fordert, muß man in guten Jahren eine Einschränkung vornehmen, damit man für schlechte Jahre Reserven bilden kann. Bei den Ausführungen über Kapitalverschlebung haben wir nichts über die Fehler der privaten Bauwirtschaft gehört, die doch in letzter Zeit so trüb und so oft zutage getreten sind. Die Senkung der Realsteuern zu Lasten der Hauszinssteuer ist auch von uns bekämpft worden; es ist aber ein Irrtum, daß die Hauszinssteuer jemals ganz für Bauzwecke bestimmt war. Die unfairen Angriffe auf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand wären besser unterblieben. — Der Ruf nach öffentlichen Aufträgen beweist zur Genüge, daß eine reine Privatwirtschaft auf dem Baumarkt unmöglich ist.

Verteuerung von Uhren? Zwischen führenden Unternehmen der Uhrenindustrie, die 75 Proz. der Produktion umfassen (darunter Junghans- und Kienzle-Konzern), und dem Zentralverband der Deutschen Uhrmacher E. B. ist ein Vertrag geschlossen worden, daß die beteiligten Fabriken nur an Fachgeschäfte liefern werden. Auf Vertragsverletzungen sind Strafen und Lieferstopps festgesetzt. Die Verkaufspreise werden festgelegt. Die wichtigste Folge dieses Vertrages ist, daß Warenhäuser, Genossenschaften usw. in Zukunft vom Bezuge von Uhren ferngehalten sind. Eine Hebung des Absatzes wird die Industrie von dieser Maßnahme nicht zu erwarten haben.

Die Damenmäntelfabrik Biba u. Jodier - Berlin hat laut „Konfektionär“ ihre Zahlungen eingestellt und strebt einen gerichtlichen Vergleich an. Die Warenschaften sollen sich auf 700 000 bis 800 000 Mark belaufen.

Gerdland: Berliner Kaleidoskop

Die „Weltreise“.

In der Kofferabteilung des großen Warenhauses gibt es eine merkwürdige Einrichtung. Jeder, der sich hier einen Koffer zulegt, kann ihn mit buntem Zetteln belegen lassen. Diese Zettel, auf denen in prächtigen Farben Bilder von azurblauen Meeren mit glühender Brandung, weißen Gestirnen, Palmen und Marmor Säulen, grünen Wiesen mit bunten Blumen, von schneebedeckten Bergespitzen, himmeltragenden Wolkenträgern und einer von Kamelelaxarawanen umlagerten Sphing zu sehen sind. Diese Zettel sind beschriftet mit den Namen der feinsten, der teuersten, größten und idyllischsten Hotels der Erde.

Der Sinn dieser Einrichtung ist ganz klar ersichtlich: sie existiert für die kleinen Bernegroße, für die kleinen Bluffer, die sich nicht auf ihre persönliche Wirkung verlassen können, für Klaffen und plötzlich Reichgewordene, kurz für alle jene, die tote Dinge, bunte Bilder auf machtgewaltigen Koffern beispielsweise, für sich wirken lassen. Und doch ein Zettel, über dessen farbenprächtige Bunttheit man „Claridge-London“, „Ambassador-Antwerpen“, „Glacé-Palace-Abbazia“ oder „Ritz-Paris“ lesen kann, ist doch ein totes Ding . . .

Tatsächlich tragen die wenigsten Leute, die hier ihre Schrant- oder Kabinenkoffer ersehen, ein Verlangen nach diesen Vorspiegelungen falscher Landschaften. Die meisten von ihnen steigen tatsächlich auf ihren Reisen in den Grand-Hotels ab, die meisten von ihnen verblühen sich bei den Portiers dieser enormen, lugsüberladenen Gasthäuser ausdrücklich die Verunstaltung ihrer Koffer durch Aufkleben dieser „Allround-the-world-tickets“. Die wirklich reichen Leute nämlich und die Hochstapler, die diesen Reichtum und diese Bornehmtheit durchschaut haben, legen gar keinen Wert darauf, ihre Reiseroute den Zimmerkellnern, Portiers und Gepäckträgern zur Kenntnis zu geben, sie wollen unerkannt bleiben . . .

So existiert denn diese Einrichtung, die das große Warenhaus — im Einvernehmen mit den Fremdenverkehrsbüros und den Direktionen der betreffenden Elit-hotels natürlich! — bereit hält, nur für die kleinen Bluffer und Blender, denen das Genie der großen Hahndreure und Babanquepieler, der großen Hochstapler und Abenteuerer so völlig abgeht, daß sie die Profilierung der Persönlichkeit durch derartig lächerliche Utensilien ergänzen oder ersetzen wollen.

Aber es ereignen sich in der Kofferabteilung des großen Warenhauses auch die Aufstöße anders gelagerter Fälle, deren Ausklang meist von Tragik zur Komik hinüberwehelt.

Man ahnt hinter den Worten und Wünschen die Schicksale. Und die Verkäuferinnen, die hier „auf Wunsch, gratis“ die Hotelzettel aufkleben, ahnen oft bei diesen Kunden etwas Befensverwandtes. Bei manchen jungen Männern, denen der Kauf einer Thermosflasche nur Vorwand ist, in den Besitz dieser Zettel zu kommen, ahnen sie die Sehnsucht nach der Ferne, nach der Sphing, den Marmor Säulen, bei manchen „Schleuten“, die arm und hungrig, die überquellenden Stände und Auslagen entlang schlendern, spüren sie wie angefüllt der Arbeitszeit eine Hoffnung sie durchlebt.

Die seltsamsten Kunden aber sind die, die sich auf einen Hand- oder Päckchenkoffer eine ganze „Weltreise“ von Helouan bis Kapstadt, von Paris bis Klaufschou, von Rio bis Neufeland aufkleben. Sie sind die Theoretiker des Reisens, die Hochstapler der Romantik, die angefüllt des bunten Zetteln träumen . . .

Frau vor dem Wettbüro.

Gegen der großen Destillation in der armen nördlichen Gegend befindet sich ein Wettbüro. Den ganzen Tag über ist der kleine Wartesaal vor den Schaltern dicht besetzt. Zigarrenqualm lastet in der Luft. Tippen und Werben werden zerlesen. Viele Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose tragen ihre letzten Hoffnungen und ihre schwer verdienten oder erstemaligen Markstücke hier hinein und wetten. Meist ist es „wieder mal nichts“. Sehr selten hat jemand einen Aukensitzer getippt, der in einem der französischen Rennen als Sieger durchs Ziel geht.

In der großen Destille gegenüber werden des Abends die Gewinnchancen besprochen. Die meisten Gesichter sind zerfurcht und müde. Enttäuschung steht in den Augen. —

Es ist Nachmittag. Und die Straße lacht. Die tägliche Heimkehr ist im Gange. Aus dem Schacht der Untergrund quellen die Menschen mit dem kleinen Lächeln auf den abgepannten Zügen, das Feierabend heißt.

Die große Destille füllt sich. Vor den Gewinnlisten des heutigen Tages und den Starterkarten von morgen, die im Schaufenster des Wettbüros hängen, scharren sich kleine Gruppen.

Eine junge Frau mit verweinten Augen betritt das buntbewimpelte Lokal. Man spürt ihren erregten Herzschlag. Sie geht die Tischreihen entlang. Gibt sich den Anspielungen der jungen Burlesken preis, den stumpfen und den frechen Blicken der angestrichenen; fleischernen, grauenvoll einsam herumschweifenden Mädchen. „Ree, nee, Mutchen, hier wirfte deinen Men nich finden.“ ruft eine torfelnde Kehle, „der wär ja dusslig, wenn er jerode hier.“ . . . Die Worte ertrinken in einem neuen, gurgelnden Schluß.

Die junge Frau hat Angst vor diesem alkoholdurchdünkelten, von abgepannten Tabakqualm verdufteten, knallbunten Lokal, vor diesem gedunsenen Zapfer, dem kreischenden Orchester und vor der Tageshelle, die die hohlwangigen Gesichter der Freudenfrauen unter der faulstüchigen Schminke erkennen läßt. Sie geht hinaus. Und über dem Damm. Dann steht sie vor dem Wettbüro. Viele Frauen starrern so in die gespenstlich hellen Buntstokale, über den Damm zum Wettbüro. Meist sind sie jung wie diese hier. Man spürt ihren erregten Herzschlag. Unter dem flüchtig übergeworfenen Mantel flattert die Küchenschürze.

Männer gehen in das Wettbüro, Männer mit blauen Koffeepullen oder Aktentaschen, mit Schiffermützen oder Stehkragen mit Vöschlapp.

Einer kommt mit weitauholenden Schritten, ein Junger mit einem offenen Gesicht. Die junge Frau sieht ihn. Da packt es sie und sie stürzt ihm entgegen. Aber nur ein paar Schritte. Dann bleibt sie plötzlich stehen. Die Hände fallen ihr herab. Er geht vorbei, er steht sie nicht, ganz schnell geht er hinein ins Wettbüro.

Aus der Destille grüßt Orchestertriongschall und trunkenen Singens. Die Gasflammen in den Laternen flackern schon. Eine Uhr schlägt. Straßenbahnen kreischen. Ein Hund bellt matt. Die Frau steht da, immer noch, als hätte sie einen betäubenden Peitschenschlag bekommen.

Da kommt er heraus. Er zählt im Geheh Geld. Scheine. Hartgeld. Und jetzt erst sieht er seine Frau. „Gewonnen!“ sagt er, „ich habe gewonnen, Mullahen! Jetzt laufen wir das schöne Kleid! Ra, freuste dich denn gar nich über mein Schwein! Komm, Mullahen, komm . . .“

Er lacht sie an. Sein Lachen blüht neben ihr auf. Um ihren Mund quillt sich ein Lächeln. Sie sagt nichts. Die zwei gehen über den Damm. Da, wenige Schritte vor der großen Destillation, verfangen er seine Schritte. Eine fremde Begehrlichkeit zuckt in seinen

Augen. Sie aber wird geprügelt, lacht, es klingt ziemlich echt. Sie zieht ihn vorbei an der bewimpelten Tür, aus der ausgeschämte Locke dringt. Sie lacht. Aber in ihren Augen steht die Angst . . .

Das Glöckchen des Eremiten.

Ein blondes Kind mit alten Augen, dem man eine Uniform mit drei Reihen blühender Knöpfe angezogen hat, mit messinggelben Biesen über den Hosennähten, geht durch das überfüllte Kassehaus. Seine beiden Jungenhände halten eine hohe Stange, an deren Ende eine Tafel angebracht ist. Lieber der Tafel hängt ein Glöckchen, das bei jedem Schritt, den der Page tut, läutet.

Immer, wenn der Junge erscheint mit der Tafel auf der Stange, immer wenn das Glöckchen Liebende zur Ordnung ruft, Dösende aufstehen und Geschäftsanhäufende aufstehen läßt, steht auf der Tafel mit Kreide geschrieben ein Name. Der Träger dieses Namens wird am Telefon verlangt. Elektrisiert springt ein junger Mann auf, lässig erhebt sich ein Alter mit Tränenfäden und Hängebauch . . .

In einem der weißen Sessel lehnt in dekorativer Grandezza ein feiner, alter Herr. So schlafwiegend sind sein Haar und der gepflegte Bart, so unbeirrbar, verständig und verzeihend ist der Blick seiner Augen, daß man für Augenblicke angefüllt der vom Tempo befehlenden, minütlich ums goldene Kalb tanzenden Menschen erschrickt.

Dagmar Sperk: „Es wird schon gehen“

„Herr, schenke jedem seinen eigenen Tod!“ Ein großer Dichter hat das in vielerlei Variationen in einem Roman und in einigen seiner Gedichte gesagt. Sicher war es ein Gedanke, den er besonders intensiv empfand, da er ihn immer wieder aussprach.

Viele haben den Roman und die Gedichte gelesen. Manchen fiel der Gedanke auf, sie dachten darüber nach und dann sprachen sie wohl auch einmal noch mit irgendwelchen Freunden davon. „Ein schöner, ein sehr schöner Gedanke!“ sagten sie. Ja, er hatte ihnen wirklich Eindruck gemacht, und trotzdem bekam er nie Beziehung zu ihrem Leben, bekam nie Gestalt durch sie — Rein. —

Aber vor einiger Zeit hörte ich die Geschichte eines armen Mädchens. Sie war geübt und geplagt — ich bin sicher, sie hatte nie Zeit, die Bücher des Dichters zu lesen, kannte wohl nicht einmal seinen Namen. Wurde nichts von solchen Ideen und doch war sie dem Dichter und seinen Gedanken unendlich viel näher, denn sie lebte sie, sie gab ihnen Gestalt!

Da ihre Geschichte! Kein großer Roman, nur einige kurze Szenen.

„Also den Ausschlag auf den Händen hätten wir glücklich weggebracht. Ra . . . und der Leibschmerz wegen, über die Sie da immer klagen, können wir hier ja nichts weiter machen. Wir werden Sie eben ab morgen noch auf die „Klinik für innere Krankheiten“ überweisen.“ Und im Weitergehen schon am nächsten Beit: „Sie können wohl zu Fuß hingehen?“

„Sicher, sicher, Herr Professor, 's wird schon gehen.“

Der nächste Tag. Christine steht auf und geht nach dem Wochraum. Sie muß lange warten, bis sie an der Reihe ist und bekommt Schmerzen. „Nachher leg ich mich noch mal auf 'ne Bierstunde nieder, dann wird's schon geh'n das Pasten und der Weg in die Klinik“, beruhigt sie sich selbst.

Nach dem Waschen schleicht sie nach dem Schlaal zurück. „Haben Sie schon gehört? Familienzunahme haben wir jetzt! Ihr Beit ist schon wieder besetzt, da können Sie sich jetzt nicht mehr hinlegen!“

Christine bleibt an der Türe stehen, den Rücken an die Wand gelehnt, den Oberkörper vorgebogen. Die Hände hat sie an den Leib gepreßt.

„Ra, was is denn mit Ihnen los?“ „Ach, ja“, sagt Christine wie aus einem Traum erwachend, „ich muß ja meine Sachen noch zusammenpacken. Natürlich, stimmt ja.“ Sie legt es und bleibt doch an die Wand gelehnt stehen. „Augenblick, bloß, 'nen Augenblick.“ Die Türe neben ihr wird ungeschicklich auf- und zugemacht.

Manchmal sagt jemand ein paar Worte zu ihr. Dann zuckt sie erschrocken zusammen, schuldbehaftet wie ein Kind, das über Träumen eine wichtige Pflicht vergessen hat. „Ach, Gott ja“, sagt sie und ihr Atem geht kurz, so sehr ist sie erschrocken. „Meine Sachen muß ich doch . . . ja und in die andere Klinik . . . na 's wird ja auch gehen.“

Aber während sie schon das letzte Wort spricht, verflucht sie wieder in dieses Träumen, diese Beere ohne Zeitmaß. Manchmal schreit sie auch ohne äußere Veranlassung zusammen, infolge irgendeiner aus ihrem Innern aufsteigenden Unruhe.

Sie steht und steht, sie weiß nicht, ob es lang ist oder nur wenige Minuten. „Ach, 's muß ja gehen, 's muß ja . . .“

„Wollen Sie nich Moment zu uns ins Zweierzimmer kommen, da können Sie sich auf mein Beit legen.“

„Ja . . . Rein, nein, ich muß doch weg und . . .“, aber sie läßt sich ins andere Zimmer führen. Sie setzt sich auf das Bett, langsam und unbeholfen. Man kann sich schlecht bewegen, mit solchen Schmerzen.

„Gehen Sie sich doch lieber hin“, sagen die anderen. Man mißt sie in eine Decke und mit dem Kopf ins Kissen sinkend spricht sie vor sich hin: „Gleich wird mir besser sein, dann muß ich die Sachen packen und rüber in die andere Klinik, 's wird schon geh'n, muß ja!“

Sie liegt mit dem Gesicht nach der Türe. Sehr grau ist das Gesicht und tiefe Schatten liegen drin. Ihre Augen sind sonderbar weit zurückgerückt, als wolle sie zu der Patientin, die in dem Bett dahinter liegt, hinschauen. — Wie das aussieht! Schrecklich!

Ihre Augen sehen zurück und ihre Gedanken wenden sich auch zurückliegendem, lange Vergangenen zu.

Ja, das ist das Zimmer der Kindheit, etwas dunkel ist es. Die Mutter: „Is nicht leicht; räumen, Kohle tragen und die Böhren! Wirke och alles fertig bringen?“ „Sicher, sicher, nur teene Sorge, 's wird schon gehen“ — neun Jahre ist sie alt. —

. . . doch wohl lieber der Schwester sagen, daß sie im Krankenauto hinübergebracht werden.“

Keine Antwort.

Rein, sie ist ja im Zweierzimmer in der Klinik, was hat sie denn nur?

„Reinen Sie nich doch, das wäre besser.“ kommt es vom anderen Beit zu ihr herüber.

„Besser? — besser! . . . Ach nee, wo denken Sie hin, ich kann schon zu Fuß rüber.“ Sie stützt ihre Hände fest auf, hebt den Kopf und dann etwas den Körper, es geht kaum.

„Reiben Sie man noch ruhig 'n bißchen liegen.“ Man drückt sie wieder aufs Bett und sie ist froh, wieder zu liegen.

Diese Schmerzen, fff . . . und schwach ist sie eben, schwach — schwach summt es in ihrem Kopf, eigentlich in ihrem ganzen

Der alte Herr ist einer der Renommiergäste des Cafés. Man nennt ihn mit einem kleinen Witzchen den „Großfürst“, gerad' so, wie an einer anderen Stelle des überfüllten Raumes der große, emirierte Hochstapler, dem heute niemand mehr den Mut zutraut, den er bewiesen hat, als er einen Kardinal erpreßte unter der Vorspiegelung, dieser sei sein Vater, das Gesprächsthema bildet.

An vielen Stellen des Cafés, scheinbar wahllos hingestreut, sitzen solche panoptischen Gestalten, solche Renommiergäste, von denen ich nicht weiß, ob sie von der rührigen Direktion angestellt sind, eine bestimmte Zeit abzusitzen.

Der „Großfürst“ taucht in seinen gelbgerauchten Fingerspitzen eine Papyros an der anderen an. Eine Mauer der Einsamkeit hat sich um ihn gebildet, an die die Bogen der Ruffit, der Gespräche branden. Aber jedesmal, wenn das silberne Klingeln des Glöckchens über dem Stimmengewirr schwebt, fährt der alte Herr zusammen. Mit einer fahrigen Geste wischt er sich über die Stirn, als wolle er die Gedanken verschleudern, die sich immer wieder einstellen. Gedanken an das Glöckchengeltingel eines Troitagespanns, an den dumpfen Klang der Gloden von St. Petersburg. Seltsam, der alte Renommiergast, der „Großfürst“, der daßigt wie eine personifizierte Rührung an die angehenden, hastigen Menschen, sich besser zu benehmen, er ist der einzige, der scheinbar auf ein Telefongespräch wartet, der zusammenfährt, wenn das alte Kind mit dem Glöckchen vorbeikommt, der hypnotisiert wird die Kreideschrist der Tafel starrt, um dann enttäuscht in seine Vethargie zurückzusinken. Sicher wartet er hier auf ein Telefongespräch, das nie stattfinden wird. . . .

Körper. — „Ra, sehen Sie, sie zittern sogar“ sagt jemand im Zimmer. — Schwach — Schwach . . .

„Ich würde Sie ja nehmen, aber Sie sind wirklich noch ein bißchen sehr jung und schwach.“

„Ach, jnädige Frau, ich wer' mir ja Mühe geben, ich seh' bloß so aus.“ Ha — ha — ha — ha.

„Ree wirklich, jnädige Frau, 's wird schon gehen, sicher, ganz sicher.“ —

„Ja, 14 1/2 Jahre!“ —

Ein Bild reißt sich an das andere. Sie schwebt und sieht ihr ganzes Leben unter sich ausgebreitet in der Vogelperspektive. Wie oft sich das wiederholt! Wie oft! Immer, immer. „Es wird schon gehen.“

Das Mädchen Christine ist auf dem fremden Bett zusammengezuckt und hat leise gestöhnt. Man beugt sich über sie. „Wollen Sie nicht 'n bißchen heiße Milch?“

„Ja — was — ne, ne ich muß ja packen, Herr Gott und dann . . .“ Sie trinkt heiße Milch. „Warm — wie gut! Jetzt muß es aber sein . . .“ sagt sie. Die Schatten um Mund und Augen sind unheimlich gewachsen. Die anderen bekommen Angst vor diesem immer fremder werdenden Gesicht, ja ganz schreckliche Angst! Sie ist noch bei ihrem „jetzt muß es aber sein“, da haben die anderen, von einer plötzlichen Aktivität ergriffen, schon ihre Sachen zusammengepackt und mit der Schwester wegen des Krankenwagens gesprochen.

Das Auto kommt und Christine wird also in die andere Klinik fahren. „Wollen Dank, Schwester, vielen Dank, aber 's wär doch wirklich gegangen, wirklich. Adia, adia . . .“ (Adieu.)

Sie liegt wieder in einem Bett. Ihr Atem geht pfeifend und alle im Saal hören es.

„Is Ihnen vielleicht nicht gut, soll'n wir nicht die Schwester rufen?“

„Ach ne, ne 's wird schon so gehen . . . is nur von der Fahrt.“

Noch eine Zeit hat man ihren Atem gehört, dann hat sich ihr Körper um ein Weniges gestreckt.

Christine ist gestorben. Sie war ein armes Mädchen. Sie ist ihren eigenen Tod gestorben, den, der zu ihrem geplogten Dasein gehörte.

„Es wird schon gehen.“ Immer: „Es wird schon gehen.“

Erschütternde Krönung ihres armen Lebens. Wie ein großer Künstler hat sie ihrem Wert letzte Vollendung gegeben und war, als sie noch lebte, kaum geachtet, nur ein armes zu schwächliches Mädchen.

Die Wasserjungfern

Wer am Ufer eines stillen Flusses, an einem Teich, See oder Weiher die oft recht hübsch gefärbten Wasserjungfern oder Libellen dahinsiegen sieht oder sie auch auf Gebüschen, Schilf und Sumpfpflanzen beobachtet, der denkt gewöhnlich bei sich, daß dies hübsche, kleine, harmlose Tierchen seien. Freilich, könnten die vielen kleinen Tierchen im Wasser und die mancherlei Insekten über und neben dem Wasser sprechen, so würden diese uns sagen, daß die Libellen die größten Raubtiere sind, die es nur geben kann.

So ist es auch. Wenigstens sind die Libellen für viele Kleintiere die gefährlichsten Raubtiere; nicht umsonst werden sie die Falken unter den Insekten genannt. Im Verhältnis zu ihrer Größe können die Wasserjungfern zu den Tieren gerechnet werden, die die gefährlichsten Waffen besitzen. Auch die scharfen Reißzähne der größten Raubtiere sind, immer im Verhältnis zur Körpergröße, nicht so gefährlich wie die beiden von der Oberlippe bedeckten Zangen, die die Libellen im Maul haben. Die Wasserjungfern fressen die Fliegen im Fluge auf oder verzehren ihre Beute auf einem Schilfstengel. Dabei sind die Wasserjungfern sehr freßgierig. Auch ihre Larven, die zunächst im Wasser leben, gehen eifrig auf Beute aus, fressen allerlei Wassergetier und wagen sich sogar an ganz junge kleine Fische heran.

Man unterscheidet bei den Wasserjungfern Gleichflügler und Ungleichflügler. Die Gleichflügler haben einen schmalen, stabförmigen Leib und fliegen langsam, die Ungleichflügler sind robuster gebaut und fliegen sehr schnell. Die Wasserjungfern unternahmen oft in Massen große Wanderungen. Auf der ganzen Erde kennt man mehr als tausend Arten, in Europa über hundert, in Deutschland gegen achtzig Arten. Einige Arten sind in Europa und auch noch in großen Teilen Asiens verbreitet. Die schönsten bunten Wasserjungfern sind jedoch nicht bei uns anzutreffen, sondern in den Tropen.

Eisenzeit in Afrika vor 5500 Jahren. Der deutsche Gelehrte Frobenius hat einwandfrei festgestellt, daß in Afrika eine Eisenzeit bereits 3500 Jahre vor christlicher Zeitrechnung geblüht habe: zu einer Zeit, in der Europa die Verwendung des Eisens noch nicht kannte. Merkwürdigerweise hat überdies eine Bronzezeit diese frühafrikanische Eisenzeit abgelöst, während bekanntlich in Europa gerade das Umgekehrte der Fall war. Hiermit treffen auch die vor dem letzten Kongreß der Britischen Archäologischen Gesellschaft zu Pretoria gegebenen Aufstellungen zusammen, über Funde und Ausgrabungen, die für Südafrika eine hochentwickelte Kultur in vorhistorischer Zeit mit Sicherheit feststellen.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes heute, Freitag, 3. Juli, pünktlich 19 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Freitag, 3. Juli.

- 5. Kreis. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Kass-Büchlein sofort beim Kreissekretariat abzurechnen.
- 14. Kreis Reutahn. Die Mitteilungsbüchlein können von den Abteilungsleitern abgeholt werden.
- 81. Abt. 20 Uhr Funktionserklärung bei Rosenau, Baraner Ecke Landbacher Straße.
- 92. Abt. 19 Uhr Besprechung mit den Bezirksführern bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Straße 173. Die Bezirksführer und Kassierer der Bezirke 51, 52, 54, 62 und 83 treffen sich um 19 Uhr ebenfalls.
- 99a. Abt. Großbildung Brig. 20 Uhr Funktionserklärung in der Halle im Hofeisen.

Morgen, Sonnabend, 4. Juli.

- 95. Abt. 20 Uhr bei Friederichs, Jägerstr. 3, Familienunterhaltungsabend.
- 102. Abt. 19 Uhr Funktionserklärung mit allen Vertretern im Sozial Hof.

Sonntag, 5. Juli.

- 12. Kreis. Besichtigung der Bauausstellung unter Führung von Genossen Hermann. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Eingang Halle 1. Ermäßigter Eintritt 1 R., Erwachsene mit Ausweis 50 Pf. Sonntag, 12. Juli, Besuch des Begrüßungstages des „Sturmvogel“ in Wittmannsdorfer. Ungezwungenes Beisammensein. Begegnungsbild. Treffen Bahnhof Hermannstraße 2.00 Uhr. Rückfahrt 19.55 Uhr. Hin- und Rückfahrt 80 Pf. Für Sprengler Steglitz frei.
- 84. Abt. Besichtigung der Bauausstellung unter Führung des Genossen Hermann. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vor dem Eingang zur Halle 1. Eintritt 1 R.
- 99. Abt. 9 Uhr Besichtigung der Gartenbauausstellung in der Wulffstraße, Brig. Treffpunkt 9 Uhr am Rathaus Brin, Chausseest. 48.

Frauenveranstaltungen.

- 99. Abt. Budow. Sonnabend, 4. Juli, ab 16 Uhr, Kaffeeladen bei Dietrich, Dorfstr. 1.
- 6. Kreis. Infolge der großen Teilnehmerzahl findet unsere Dampferfahrt am Donnerstag, 3. Juli, nicht nach Piesport, sondern nach der „Berliner Schweiz“ (Zub. Zwickau) bei Schmiedewitz statt. Eine Fahrpreisermäßigung kommt nicht in Frage. Keine Karten für Dampfer „Berolina“, für Karten für Dampfer „Mittelberg“. Abfahrt 9 Uhr Schillingbrücke.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Abfahrtsplanung für die Lagerferien (Waldsee und Blankensee). Abfahrt Sonnabend, 4. Juli, vom Lichter Bahnhof 9.34 Uhr. Eintreffen der Gruppen um 8 Uhr am Bahnhof. Aufnahmefeststellung, 2. Glasballe. Die Eltern betreten den Bahnhof gleichzeitig von der Aufnahmefeststellung mit den Kindern an den angegebenen Schaltern mit den Bogennummern nach der bekannten Bogenmitteilung. Lagerferiennehmer Wagen 1 bis 12, Restfahrer Wagen 13 bis 19. Der Bezirk Brandenburg erhält Wagen 13 (zweite Hälfte) und Wagen 14. Die für die einzelnen Bogen bestimmten verantwortlichen Bogenführer werden sich gleich nach ihrem Eintreffen bei Gen. Schmidtbauer, Rehen und Wimpel, sind eingeteilt mitzuführen. Kreis Reutahn, Jung- und Alte Herren: Morgen, Sonnabend, Fahrt nach

Stangenbogen. Treffen um 15 Uhr Bf. Hermannstraße. Nachhause um 16 Uhr. Um 17 Uhr 1. St. Anmeldung heute Sonnabend.
 Bezirk Friedrichshagen: Sonnabend Treffen zur Kreisfahrt nach Friederichs 17 Uhr Schließender Bahnhof. Rollen für Restfahrer 30 Pf., alle anderen 60 Pf. Fahnen, Wimpel und Trinkbecher mitbringen. Wir erhalten Privatquartiere.
 Kreis Treptow: Alle Restfahrer treffen sich pünktlich Sonnabend 7.30 Uhr auf dem Bf. Treptow. — Gruppe Treptow: Achtung! Alle zurückbleibenden Rollen kommen während der Ferien regelmäßig Dienstag und Donnerstag von 17-19 Uhr auf unserer Wiese zusammen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

38. Abt. Unser alter Genosse Wilhelm Redding, Gehwirt, Dittler Straße 77, ist Sonntagabend verstorben. Ihm seinem Andenken! Einäscherung Sonnabend, 4. Juli, 16 Uhr, Krematorium Baumhuldenweg.
 48. Abt. Unsere liebe tapfere Genossin Frieda Collins ist verstorben. Ihm ihrem Andenken! Einäscherung am Sonnabend, 4. Juli, 17 1/2 Uhr, in Baumhuldenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.
 88. Abt. Unsere Genossin Elena Coppil, Dorfstr. 15, ist am 1. Juli an Lungenerkrankung verstorben. Ihm ihrem Andenken! Beerdigung am Sonnabend, 4. Juli, 15 Uhr, auf dem Friedhof Hermannstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einfindungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat,
 Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Abteilungsleiter, nehmet sofort die bisher verlaufenen Sympathieplakette ab. — Berichtsbogen sofort abliefern.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute, 19 1/2 Uhr:

Kreisaplag: Elisabethenstr. 19. — Köllnische Post: Bollenstr. 18. — Ottenbacher Tor: Tiedstr. 18. — Hansa: Bodumer Str. 86. — Roabit I: Halleserstr. 20. — Roabit II: Schrier Str. 18-19. — Arminiplatz: Sonnenburger Str. 20. — Arminialber Platz I: Rastenburg Str. 16. — Bellan: Rindlerstr. 2. — Kallplatz II: Sonnenburger Str. 20. — Heimbolplatz: Dampferstraße 62. — Hohenschönhausen: Freiwalden Str. 6. — Hummerplatz: Steinstraße 38-39. — Weihensee: Dorfstr. 36. — Rudowplatz: Brommstr. 1. — Polierplatz: Tiedstr. 4-5. — Frankfurter Viertel: Frankfurter Allee 307. — Friedrichshagen: Dichtelmeierstr. 6-8. — Petersburger Viertel: Oberstr. 12. — Strelauer Viertel: R. G. 1. Vltauer Str. 18. — Schöneberg I: Hauptstr. 16. — Schöneberg V: Hauptstr. 16. — Charlottenburg, Kellere: Hofmannstr. 4. — Ostwig: Schulstr. 19-21. — Lichterfeld: Albrechtstr. 14a. — Steglitz II: Himmelsstraße 14b. — Mariendorf I: Dorfstr. 7. — Tempelhof: Gehlstraße. — Baumhuldenweg: Grünstr. 16. — Johannisthal: Rathhaus. — Treptow: Eisenstr. 3. — Köpenick I: Grünauer Str. 6. — Köpenick II: Dahlmüser Str. 15. — Rastlerstr. Treptowallee 44. — Hiltensberg-Rod: Guntterstr. 44. — Duhel: Wiesenbunde, an der Industriehöhe.

Bezirksrat Reinickendorf: B.-B. Mitgliederversammlung, Wittenau, Hauptstraße 18; Die Rosenbüchel der freien Gewerkschaften in der heutigen Zeit.

Köpenicker Vorpost: Elisabethenstr. 19. — Proletarische Pfadfinder. — Roabit II: Reiter Str. 18-19. — Der Leipziger Partisanen. — Wäckerer Platz: Rastenburgstr. 16. — Die Kolonien. — Friedenau: Offenbacher Str. 3a. — Einfindungsbogen. — Schöneberg IV: Besuch der Gruppe Friedenau. — Charlottenburg-Rod, R. G. 1. Rastenburg-Allee 97b. — „Goldmann“. — Charlottenburg-Süd: Hauptstr. 16. — Die Gewerkschaften im Rastenburg. — Mariendorf II: Kellere, Berliner Str. 1-2. — „Wäckerer aus Reich und Linder“. — Reutahn I: Sandes, Ecke Hohenstraße: Arbeitsgemeinschaft. — Reutahn IV, R. G. 1. Rastenburg, Raum 2: Bodenabend. — Reutahn VII: Steinmühle. 114: Gahnenener-Abend. — Reutahn VIII: Spiel und Sport, Sonntagspfad, und Funktionärerversammlung anstehend. — Reutahn IX: Spielen im Stadion ab 17 1/2 Uhr; Kellere, 19 1/2 Uhr im Helm. — Reutahn XI: Sport im Sportpark ab 18 Uhr. — Hiltensberg-Rod: Dorfstr. 22. — Urlohen und Erhellung des Nationalsozialismus. — Riederhanshausen: Gemeinschaftsschule; Frankfurt-Abend mit Ausstellung.

Morgen, Sonnabend, Treffpunkte zur Fahrt nach Petershagen zum Jugendlag:
 Bezirksamt Mitte: 18 Uhr und 20 Uhr Schließender Bahnhof. — Bezirksamt Osten: 16 1/2 Uhr und 19 1/2 Uhr Schließender Bahnhof, Frucht-Edel-Waldstraße. — Bezirksamt Oberpreze: Autotrassepostfach, 18 Uhr Treptow, Grenzstr. 26; 19 1/2 Uhr Bf. Baumhuldenweg; 19 Uhr Bf. Schöneweide. — Fahnen und Wimpel nicht vergessen. Die Purtschen müssen Becher und Orden mitbringen.
 Reutahn IV, R. G. 1. Fahrt nach Riederhagen, 20 Uhr Bf. Reutahn, 1 R. — Reutahn VIII: Fahrt, 19 Uhr Kaiser-Friedrich, Ecke Weichselstraße.

100 Stunden Sommer Preise

Opanken in weiss, mit und ohne Lackgarnitur statt 750

6 35

SCHUHHOF

Linksstr. 11, Wilmersdorferstr. 117, Turmsr. 45, Müllerstr. 143a, Spandauer Bräuerstr. 22

85 Spezial-Fleisch-Abgabestellen
 halten für die Mitglieder der
Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

jederzeit sämtliche Erzeugnisse unserer Fleischereibetriebe in altbekannter Qualität zur Verfügung. **Modernste Kühlanlagen in jeder Abgabestelle** ermöglichen auch in der heißesten Jahreszeit die Abgabe von **frischen Fleisch- u. Wurstwaren** zu niedrigsten Preisen. Bitte überzeugen Sie sich:

Frisches Schweinefleisch	Frisches Rindfleisch
Kotelett ab Pfd. 1.05	Rouladen ab Pfd. 1.20
Kamm und Schuff Pfd. 0.90	Schmorfleisch Kn. Pfd. 1.10
Kaßler Rollen Pfd. 0.80	Roastbeef Pfd. 1.—
Bauch Pfd. 0.70	Fehlrippe Pfd. 0.90
Rückenfett Pfd. 0.55	Querrippe Pfd. 0.70
Liesen Pfd. 0.50	Gehacktes Pfd. 0.70
Köpfe o.B. Pfd. 0.15	
Speck fett (deutscher) Pfd. 0.75	Speck mager Pfd. 1.—
Frisches Hammelfleisch	Frisches Mastkalbfleisch
Keule und Rücken Pfd. 1.25 1.15	Keule, Rücken u. Brustspitze Pfd. 1.20 1.10
Dicke Rippe Pfd. 1.15 1.05	Brust, Kamm u. Blatt Pfd. 1.15 1.05
Dünnung Pfd. 1.05 0.95	

Beachten Sie bitte auch unsere erneut herabgesetzten Wurstpreise

Landleberwurst Pfd. 0.92 0.60	Sülze Pfd. 0.80
Thüringer Pfd. 0.80	Hannov. Kochmettwurst 1.—
Preßwurst Pfd. 0.80	Berliner Mettwurst Pfd. 1.32 1.—
Sächsische Blutwurst Pfd. 0.60	Jagdwurst Pfd. 1.32

K O N S U M
 Genossenschaft Berlin und Umgegend e.G.m.b.H.

Fromms Act schützt Sie gegen Infektion.

Nur echt in den vor Nachahmungen gesetzlich geschützten Streifenpackungen mit Namenszug. Kaufen Sie immer nur in einschlägigen Geschäften. Dort werden Sie gut und reell bedient.

VERNICHTET ALLE HAUSINSEKTEN!

Wenn körperliche Leiden, Krankheiten oder gar der Tod in Ihr Heim einzieht, so ist das oft die Schuld eines fliegenden oder kriechenden Insekts. Lästige Insekten sind bekannt als gefährliche Krankheitsüberträger. Schützen Sie sich und Ihr Heim — zerstäuben Sie Flit.

Flit vernichtet Fliegen, Mücken, Schnaken, Flöhe, Ameisen, Motten, Bettwanzen, Schaben und deren Eier. Flit-Zerstäubung ist für Insekten tödlich, für Menschen jedoch unschädlich. Bequem anzuwenden, fleckt nicht. Verwechseln Sie Flit nicht mit anderen Insektenvertilgungsmitteln.

Zerstäubt

FLIT

Nur echt in der goldenen Packung mit schwarzem Band.

Wir kauften von einer ersten Fabrik

ca. **60.000** Stück

Pullover·Westen u. Jacken

<p>Serie I 1⁹⁰ Damen- und Herren-Pullover, zum grossen Teil aus reiner Wolle.</p>	<p>Serie II 2⁹⁰ Damen- und Herren-Pullover, reine Wolle, sowie Herren-Westen zum grossen Teil aus reiner Wolle.</p>	<p>Serie III 3⁹⁰ Damen- und Herren-Pullover und -Westen, reine Wolle, sowie Damen-Jacken aus reiner Wolle.</p>	<p>Serie IV 4⁹⁰ Damen- u. Herren-Pullover und -Westen aus reiner Wolle, darunter auch Herren-Pullover m. Reissverschluss.</p>	<p>Serie V 5⁹⁰ Damen- u. Herren-Pullover, nur schwere Qual., darunter auch Bouclé, sowie Damen- u. Herren-Westen, beste Ausf.</p>
---	---	--	---	---

Strickkleider

<p>Serie I 4⁹⁰ Strickkleider, 2teilig, zum grössten Teil aus reiner Wolle.</p>	<p>Serie II 6⁹⁰ Strickkleider, 2teilig, aus reiner Wolle, in moderner Ausmusterung.</p>	<p>Serie III 8⁹⁰ Strickkleider, 2teilig, reine Wolle, darunter auch 3teilige Complets in modernen Ausführungen.</p>
--	---	---

ca. **240.000** Paar

Herrenstrümpfe m. Gummiband u. Sportstrümpfe

<p>Serie I 90 Darunter reinwollene Qualitäten, in einfarbig meliert.</p>	<p>Serie II 1³⁵ Nur reinwollene Qualitäten, auch für Knickerbocker, einfarbig meliert und moderne Muster.</p>	<p>Serie III 1⁸⁵ Schwere reinwollene Qualitäten, moderne Farben und Muster.</p>
---	---	---

Eine so billige Kaufgelegenheit bietet sich zum 2^{ten} mal kaum wieder,

HERMANN TETZ

Mengenabgabe vorbehalten!

Verkauf soweit Vorrat!

Leipziger Strasse * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Wilmersdorfer Strasse * Belle-Alliance-Strasse * Kottbuser Damm * Andreasstrasse * Chausseestrasse * Brunnenstrasse